

84

Wirtschaftsprognose

Economic Forecast

September 2014

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2014 – 2015

Hohe Unsicherheit lähmt Konjunktur

SPERRFRIST: Donnerstag, 18. September 2014, 11:00 Uhr



**INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES**

Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2014 – 2015

Hohe Unsicherheit lähmt Konjunktur

Jahresmodell LIMA/05

Die ökonometrischen Modellprognosen werden von einer
Arbeitsgruppe der Abteilung Ökonomie und
Finanzwirtschaft erstellt:

Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Christian Keuschnigg
Sebastian Koch
Robert M. Kunst
Simon Loretz
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Christian Keuschnigg

☎: +43/1/59991-125
email: direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

☎: +43/1/599 91-233
email: klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Inge Korneck

Public Relations
☎: +43/1/599 91-123
email: communication@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhalt

1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6/7
2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR	8
2.1 Internationale Konjunkturprognosen	8
Abbildung: OECD-Frühindikator	9
Abbildung: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)	9
Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum	10
2.2 Länderprognosen	11
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	21
3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUßENWIRTSCHAFT	22
4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR	23
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	23
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	25
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	25
Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	26
Abbildung: Inflationsrate: Österreich und Euroraum	29
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum	30
Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2014	31
5. MONETÄRE PROGNOSE	33
Texttabelle: Leitzinsen	33
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	34
TABELLENANHANG	35

Hohe Unsicherheit lähmt Konjunktur

In den letzten Monaten haben sich die Konjunkturaussichten eingetrübt. Vor diesem Hintergrund muss das Institut seine Prognose für das BIP-Wachstum 2014 in Österreich auf 0.8 % zurücknehmen. Für nächstes Jahr wird ein Wachstum von 1.6 % erwartet. Aufgrund der schwachen Wirtschaftsdynamik bleibt die Arbeitslosigkeit hoch (8.3 %). Bei striktem Budgetvollzug hält das Institut für 2015 ein Budgetdefizit von 1.6 % für erreichbar.

1. Einleitung und Zusammenfassung

Die Dynamik der Weltkonjunktur verlief im ersten Halbjahr enttäuschend. In den USA ist die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 1.0 % gestiegen, allerdings nach einem, primär witterungsbedingten, Rückgang um 0.5 % zu Jahresbeginn. Aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung verzeichnete die japanische Wirtschaft im zweiten Quartal einen Einbruch (-1.8 %), nach einem durch Vorziehkäufe geprägten sehr guten ersten Quartal (1.5 %). Weiterhin gedämpft verläuft die Konjunktur in den Schwellenländern. Im Euroraum stagnierte die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal, nach 0.2 % Wachstum im ersten Quartal. Es zeigen sich zwar deutliche Anzeichen für eine Stabilisierung der Wirtschaftslage in den von der Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten, die durchgreifende Reformen früh in Angriff nehmen mussten, allerdings stagnierte die Wirtschaftsleistung in Frankreich und Italien ist in die Rezession zurückgefallen. Im Jahresverlauf haben sich die Stimmungsindikatoren eingetrübt. Die Ukraine-Russland-Krise und das Ausbleiben der Festigung des 2013 begonnen Aufschwungs dürften die Hauptgründe für diese Entwicklung sein. Die vorliegenden Indikatoren deuten somit nicht auf eine durchgreifende Belebung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2014 hin. Erst 2015 sollte die Dynamik wieder anziehen, wird aber weiterhin nur verhalten ausfallen.

In der zweiten Jahreshälfte 2013 hat die Konjunktur in Österreich angezogen. Im ersten Halbjahr 2014 blieb das Wachstumstempo aber hinter den Erwartungen zurück. Laut der vorliegenden Quartalsrechnung betrugen die Wachstumsraten gegenüber dem Vorquartal 0.1 % bzw. 0.2 %. Aufgrund der vorliegenden Informationen geht das Institut davon aus, dass sich die österreichische Konjunktur auch in der zweiten Jahreshälfte nur verhalten beleben wird. Vor diesem Hintergrund wird die Wachstumsprognose für den Jahresdurchschnitt 2014 auf 0.8 % zurückgenommen. Für das kommende Jahr wird eine Zunahme des BIP um 1.6 % erwartet. Die vorliegende Prognose beruht noch auf den Daten gemäß ESG 1995.

Die Prognose basiert auf dem folgenden internationalen Konjunkturbild. Die Einschätzung fällt weniger optimistisch als im Frühjahr aus. Der Euroraum hat zwar die Rezession überwunden, das Wirtschaftswachstum fällt mit 0.7 % im laufenden bzw. 1.4 % im kommenden Jahr aber wenig dynamisch aus. Deutschland bleibt der Wachstumsmotor, Italien und Frankreich haben hingegen ihre Strukturprobleme noch nicht überwunden. Die US-Wirtschaft wächst um 2.1 % bzw. 2.8 %. In den OECD-Staaten insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt um 1.9 % bzw. 2.4 % zulegen. In den Schwellenländern bleibt die Konjunktur im historischen Vergleich wenig dynamisch.

Die Prognoserisiken sind nach wie vor hoch. Die Weltwirtschaft bleibt anfällig für Störungen. Die politischen Spannungen (Ukraine, Irak) erhöhen die Unsicherheit, was sich gegenwärtig nur in sich verschlechternden Stimmungsindikatoren niederschlägt. Eine Verschärfung der Ukraine-Russland-Krise mit eskalierenden Handelssanktionen würde den Welthandel spürbar verlangsamen sowie die Umsatzerwartungen der Unternehmen verringern und damit die Investitionstätigkeit beeinträchtigen. Die politischen Spannungen könnten auch zu einem Anstieg der internationalen Energiepreise führen. Allfällige Turbulenzen an den Finanzmärkten, etwa ausgelöst von neuerlichen Problemen im Bankenbereich wie Kreditausfälle, Abschreibungen und ernüchternde Resultate der EZB-Stresstests würden die Konjunktur ebenfalls belasten. Das Risiko einer Deflation im Euroraum wird vom Institut hingegen als gering eingeschätzt.

Nach dem Rückgang der realen Konsumausgaben der privaten Haushalte in Österreich im Vorjahr bleibt die Konsumnachfrage in der Prognoseperiode aufgrund der lediglich moderaten Entwicklung des verfügbaren Einkommens verhalten. Für die Jahre 2014 und 2015 rechnet das Institut mit Wachstumsraten von 0.5 % bzw. 0.8 %. Im Prognosezeitraum bleibt die Sparquote somit konstant, allerdings auf einem historisch niedrigen Niveau (6 ½ %).

Die Unsicherheiten über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung trüben das Investitionsklima. Dem wirken die günstigen Finanzierungsbedingungen und der steigende Bedarf an Ersatzinvestitionen entgegen. Während die Ausrüstungsinvestitionen im heurigen Jahr noch annähernd stagnieren dürften (0.5 %), sollte dieses Aggregat nächstes Jahr wegen der internationalen Konjunkturbelebung um 3.8 % wachsen. Für die Bauinvestitionen wird weiterhin ein Wachstum von 1.3 % bzw. 1.8 % erwartet. Dies impliziert für die Bruttoanlageinvestitionen Zuwächse von 0.9 % bzw. 2.7 %.

Die österreichische Außenwirtschaft leidet unter der schwachen internationalen Konjunktur. Für das heurige Jahr wird eine Zunahme der realen Warenexporte um 3.8 % erwartet, nächstes Jahr sollten die Warenexporte aufgrund des stärkeren Wachstums der Exportmärkte und des schwächeren Euro-Dollar-Wechselkurses um 5.3 % zulegen. Die Gesamtexporte laut VGR steigen gemäß der Prognose um 3.1 % bzw. 4.9 %. Insbesondere aufgrund der anziehenden Binnennachfrage steigen die Importe vergleichsweise kräftig. Die Warenimporte legen in diesem und im kommenden Jahr um 3.4 % bzw. 5.0 % zu. Die Gesamtimporte steigen um 3.4 % bzw. 4.8 %. Von der Außenwirtschaft geht somit nur im kommenden Jahr ein positiver Wachstumsbeitrag aus.

Im Durchschnitt der ersten acht Monate des heurigen Jahres betrug die Inflationsrate 1.7 %. Auch für den weiteren Prognosezeitraum ist nur mit einem geringen Preisdruck zu rechnen, sodass das Institut weiterhin von einem heimischen Preisauftrieb von 1.8 % ausgeht. Allerdings liegt die Inflationsrate damit deutlich über der im Euroraum. Dies geht einerseits auf notwendige Preisanpassungsprozesse in den peripheren Regionen des Euroraums zurück, reflektiert aber auch stärker steigende Nahrungsmittel- und Dienstleistungspreise in Österreich. Für den Jahresdurchschnitt 2015 erwartet das Institut eine Inflationsrate von 2.0 %.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird weiterhin von der schwachen Konjunktur und dem steigenden Arbeitskräfteangebot, insbesondere von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, bestimmt. Ausgehend von 7.6 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2014 auf 8.3 % klettern. Nächstes Jahr könnte die Arbeitslosigkeit auf diesem Niveau verharren, da die Konjunkturbelebung für einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu gering ausfallen wird. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition beträgt gemäß Prognose 2014 und 2015 jeweils 5.0 %.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird von der Konsolidierung, der schwachen Konjunktur und den Maßnahmen zur Abwicklung der Hypo Alpe Adria Bank geprägt. Für die Jahre 2014 und 2015 erwartet das Institut ein Budgetdefizit von 2.8 % bzw. 1.6 % des BIP. Das Institut geht dabei von einem strikten Budgetvollzug zur Einhaltung des anvisierten Konsolidierungspfades aus. Aufgrund der schwachen Konjunktur und allfällig notwendiger zusätzlicher Mittel für die Banken bestehen aber beträchtliche Prognoserisiken. Darüber hinaus muss Spielraum zur Finanzierung einer notwendigen Steuerreform geschaffen werden, die die gesamtwirtschaftliche Steuerquote merklich senkt. Mittelfristig sind weitere Anstrengungen für eine allmähliche Reduktion der Schuldenquote notwendig. Die Konsolidierung darf allerdings die langfristigen Wachstumsaussichten nicht schwächen. Kürzungen bei produktiven staatlichen Investitionsausgaben (etwa für Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovationsförderung) hätten langfristig negative Wirkungen. Vielmehr sind Reformen im Bereich der konsumtiven Staatsausgaben (Verwaltung, Pensionen, Subventionen) und eine anreizkompatiblere Ausgestaltung des Finanzausgleichs angezeigt.

Wichtige Prognoseergebnisse

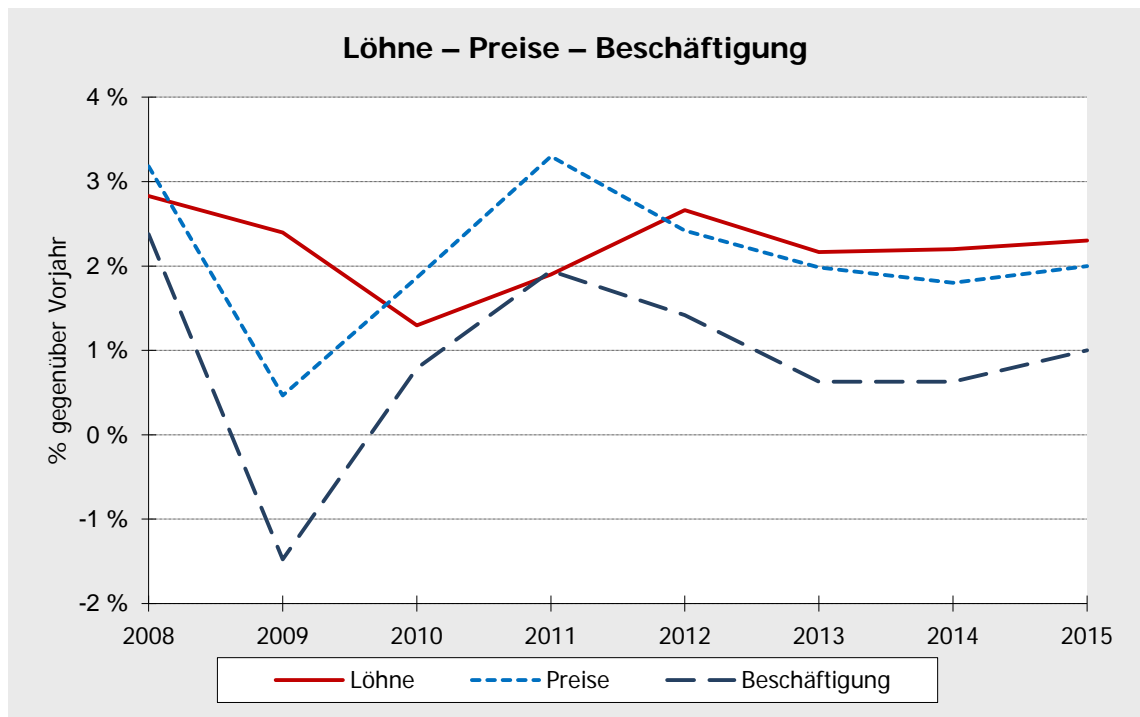
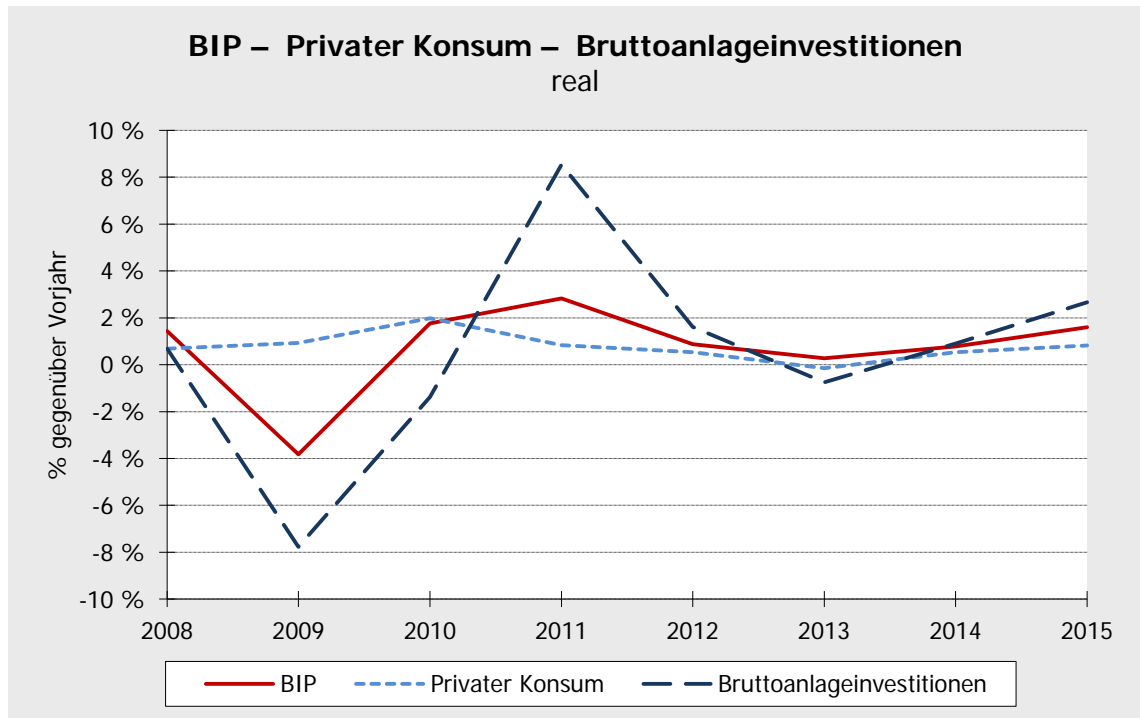
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2013	2014	2015
Bruttoinlandsprodukt, real	0.3	0.8	1.6
Privater Konsum, real	-0.2	0.5	0.8
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-5.8	1.4	3.3
Bruttoanlageinvestitionen, real	-0.8	0.9	2.7
Ausrüstungsinvestitionen, real	-2.9	0.5	3.8
Bauinvestitionen, real	1.2	1.3	1.8
Inlandsnachfrage, real	-1.0	0.8	1.3
Exporte i.w.S., real	2.7	3.1	4.9
Waren, real (laut VGR)	2.7	3.8	5.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0.2	-2.3	1.0
Importe i.w.S., real	0.5	3.4	4.8
Waren, real (laut VGR)	0.4	3.4	5.0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.4	1.0	1.3
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.6	0.6	1.0
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	7.6	8.3	8.3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	4.9	5.0	5.0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.2	2.2	2.3
Preisindex des BIP	1.8	1.4	1.3
Verbraucherpreisindex	2.0	1.8	2.0
3-Monats-Euribor ^{*)}	0.2	0.2	0.1
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	2.0	1.6	1.8

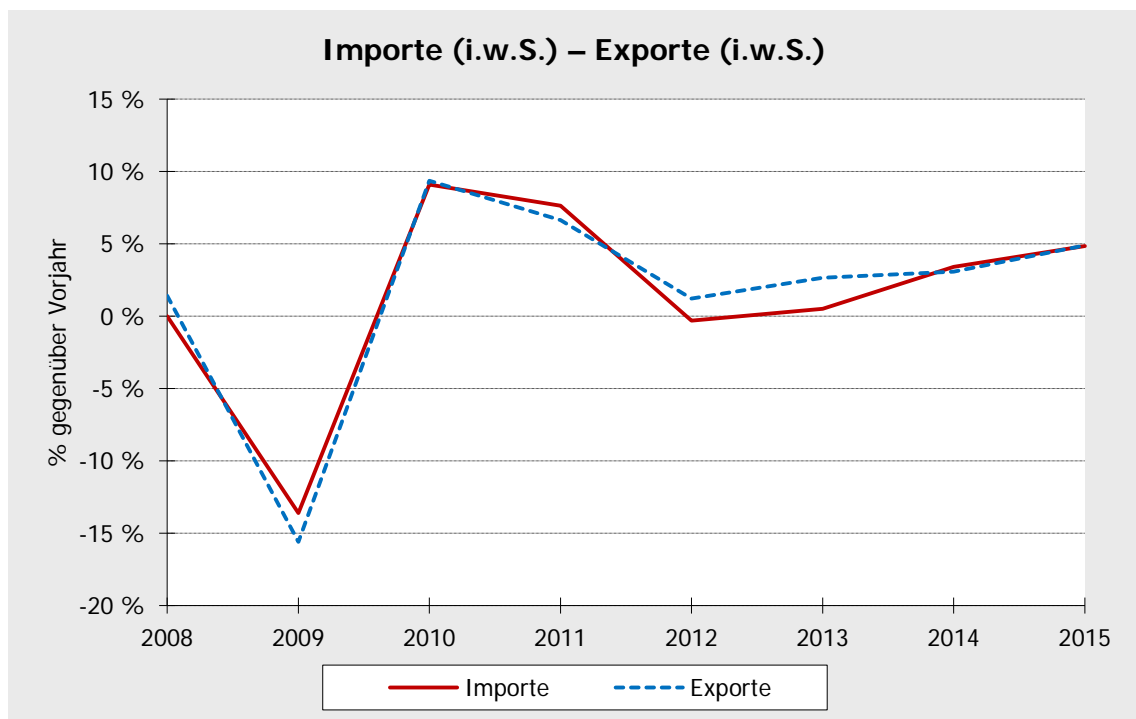
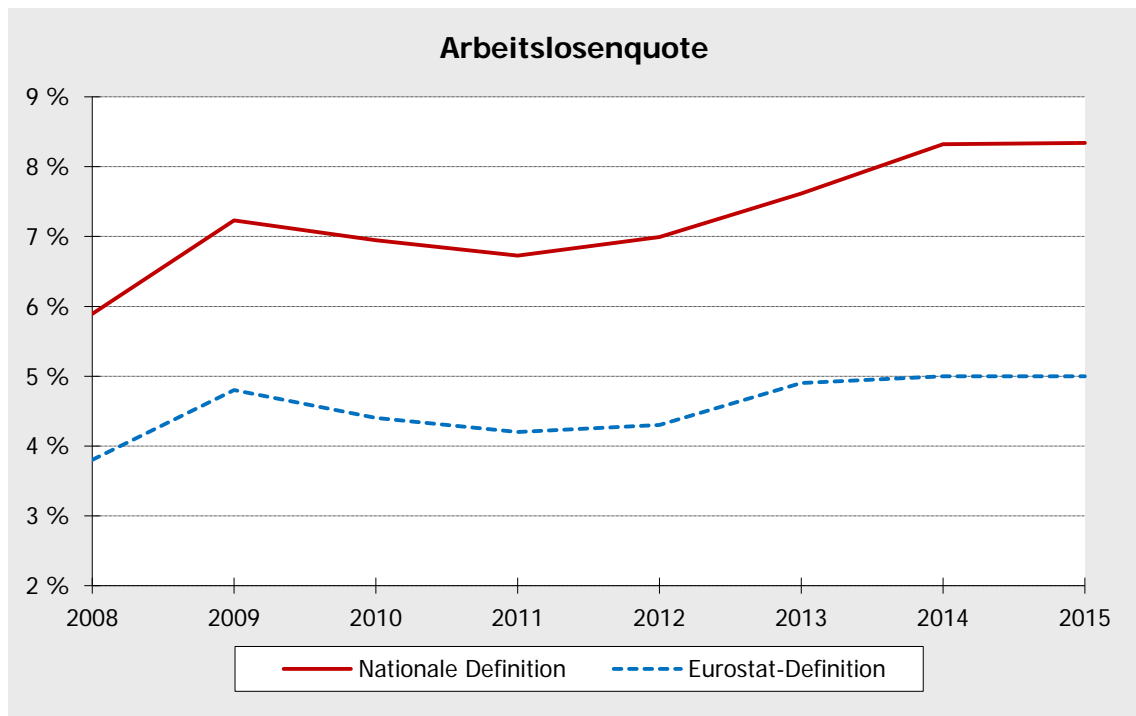
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

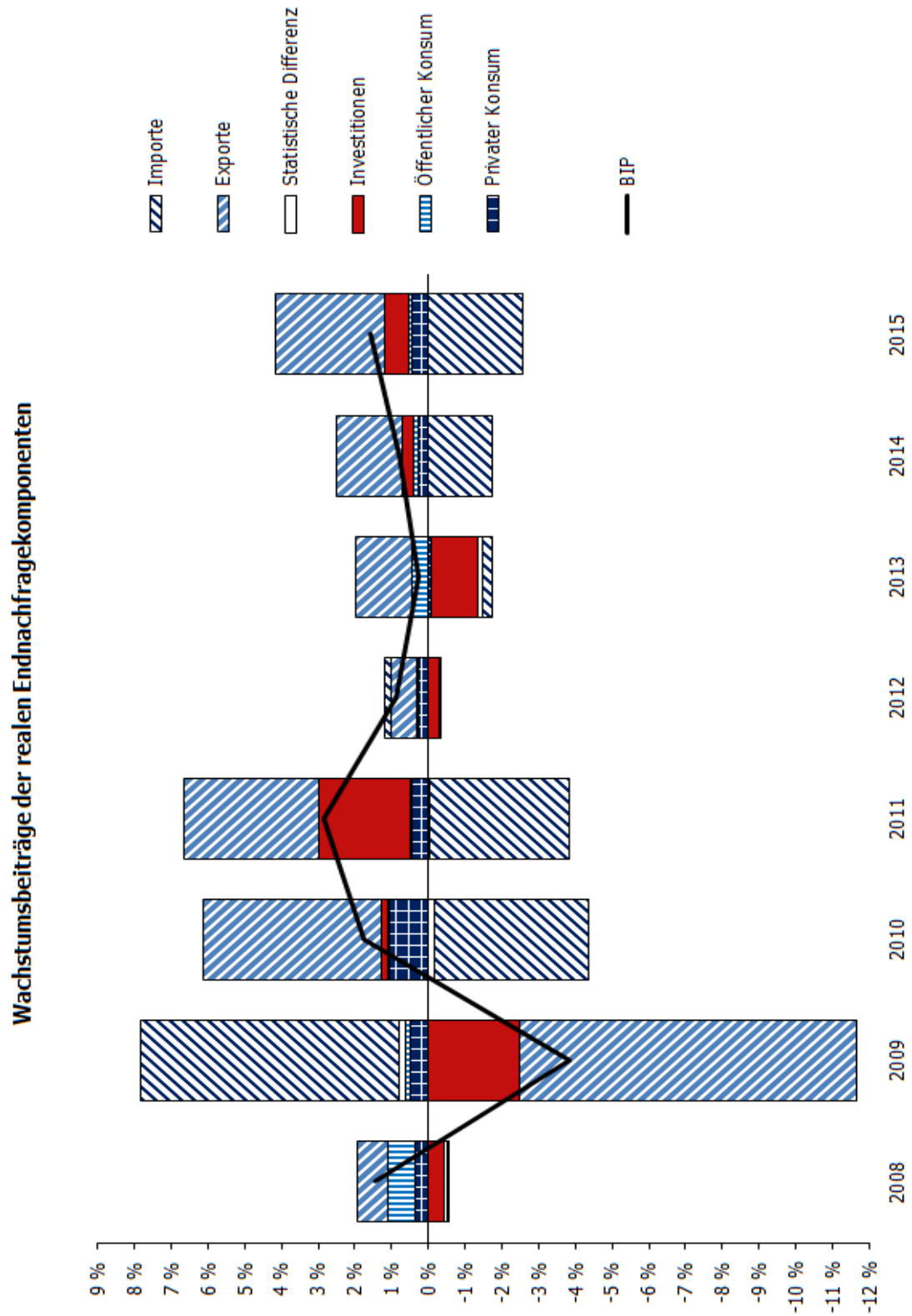
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



WICHTIGE PROGNOSEERESULTATE / 3



2. Die internationale Konjunktur

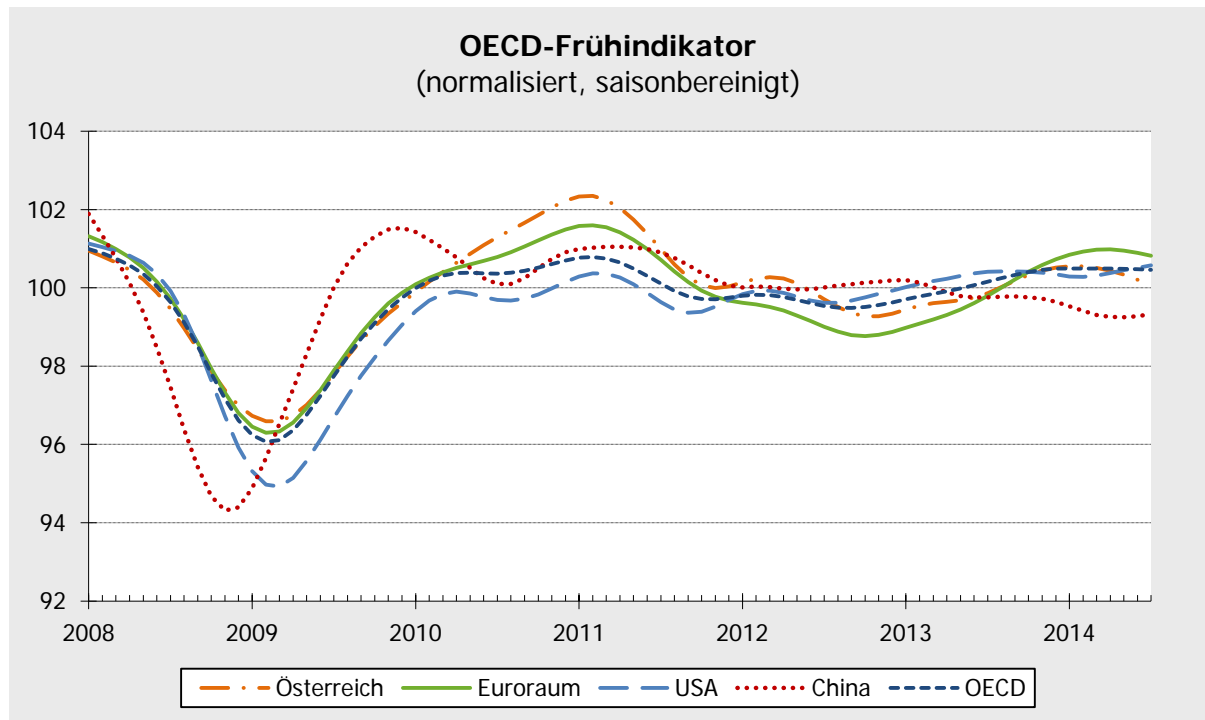
2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Im Jahr 2014 bleibt die Konjunktur der Weltwirtschaft verhalten. Der ungewöhnlich kalte Winter in Nordamerika und politische Unsicherheiten in Osteuropa sowie im Nahen Osten haben das globale Wachstum im ersten Halbjahr gebremst. Die Finanzmärkte zeigten sich hingegen von den geopolitischen Ereignissen unbeeindruckt. Nach einem Rückgang im vergangenen Jahr stabilisieren sich die Rohstoffpreise (ohne Energie). Der Euro-Dollar-Wechselkurs steigt im Jahr 2014 nicht mehr weiter und die niedrigen Zinsen stützen die Zuversicht der Unternehmer. Die Wachstumsimpulse kommen vor allem von den Industrieländern. Die USA und das Vereinigte Königreich werden heuer das stärkste Wirtschaftswachstum aufweisen. Im Euroraum entwickelt sich der Aufschwung hingegen noch immer sehr verhalten. In den Schwellenländern dürfte die Wirtschaftsentwicklung auch in den kommenden Monaten gedämpft bleiben.

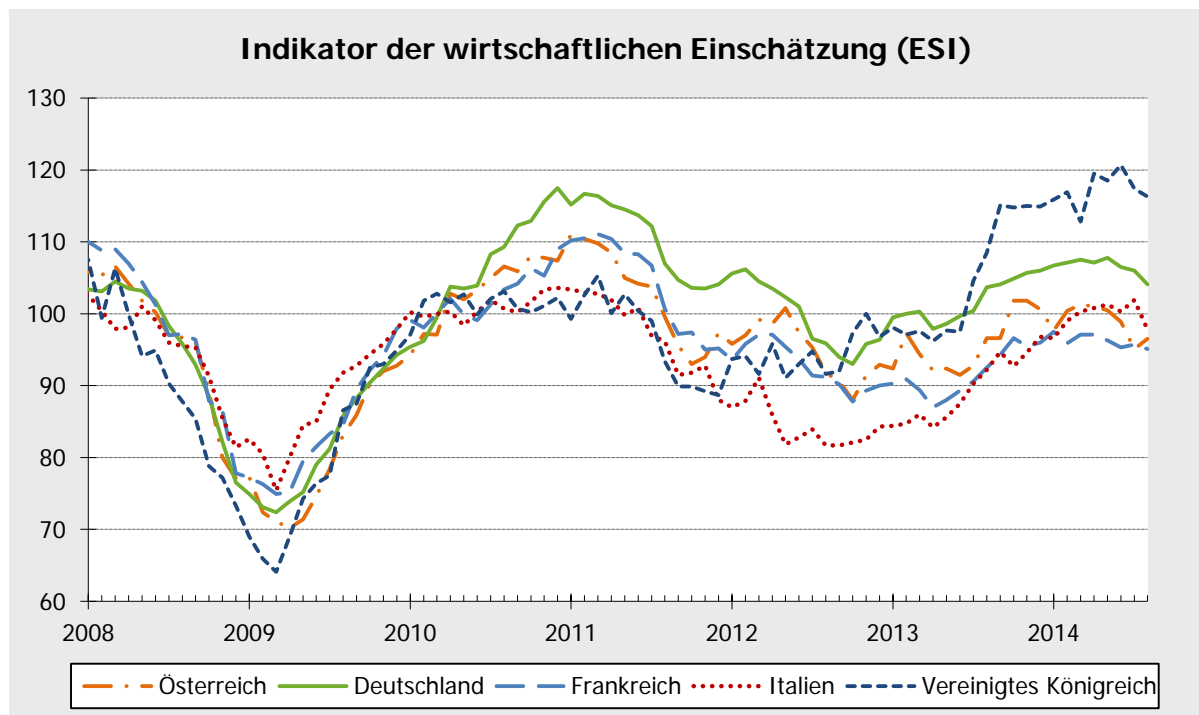
Im Jahr 2015 wird sich die Konjunktur der Weltwirtschaft voraussichtlich etwas verbessern. Die Investitionstätigkeit dürfte zunehmen und so den globalen Handel stärken. Das Institut geht davon aus, dass in den Industrieländern der Expansionsgrad der Geldpolitik nur geringfügig zurückgeführt wird. Die Notenbanken in den USA, im Euroraum, im Vereinigten Königreich und in der Schweiz werden nach wie vor an der Niedrigzinspolitik festhalten, da sich die Inflation nicht wesentlich beschleunigen dürfte und die Arbeitslosigkeit hoch bleibt. Im Euroraum wird die Fiskalpolitik im Vergleich zu den vergangenen Jahren weniger restriktiv ausfallen. Weiterhin bestehen politische Risiken (Ukraine-Russland-Krise, Irak), die den Welthandel bremsen oder einen Anstieg der Energiepreise auslösen könnten. Sanktionen gegen Russland wegen des politischen Konflikts mit der Ukraine könnten ein Abrutschen Russlands in eine Rezession bewirken. Das Risiko einer Deflation im Euroraum schätzt das Institut als gering ein.

Die Entwicklung der Vorlaufindikatoren lässt darauf schließen, dass die Weltwirtschaft in den kommenden Monaten mäßig wachsen wird. Gemäß dem ifo Index für die Weltwirtschaft bleibt die globale Konjunkturentwicklung im September aufwärts gerichtet. Sowohl die Einschätzungen zur aktuellen Lage als auch die Erwartungen haben sich gegenüber Juli verbessert. Dies geht auf die gute Entwicklung in Nordamerika und in Asien zurück. Hingegen ist der Index für Europa und für den Nahen Osten gesunken und in Lateinamerika auf den tiefsten Stand seit Ende 2009 gefallen. Der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* (PMI) für die Weltwirtschaft hat im Juli einen Höchststand erzielt und ist im August leicht gefallen. Der Indexanstieg in den vergangenen Monaten geht auf eine starke Dynamik im Dienstleistungssektor zurück, die Güterverarbeitende Industrie entwickelt sich hingegen deutlich schwächer. Der OECD-Frühindikator, der im Jahr 2013 kontinuierlich angestiegen war, hat sich seit Anfang 2014 nicht mehr wesentlich verändert.

Von den internationalen Rohstoffpreisen geht derzeit kein Inflationsdruck aus. Im August fielen die Rohstoffpreise ohne Energie knapp unter ihr Vorjahresniveau. Der Ölpreis ist auf 102.4 US-Dollar gesunken und lag damit um 7.8 % unter dem Vorjahreswert. Nach 109 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2013 wird in dieser Prognose für die Jahre 2014 und 2015 ein Ölpreis von 107 bzw. 110 US-Dollar unterstellt. Nach 1.33 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2013 wird für 2014 und 2015 ein Wechselkurs von 1.34 bzw. 1.27 erwartet.



Quelle: OECD, Thomson Reuters Datastream



Quelle: Europäische Kommission, Thomson Reuters Datastream

Der Welthandel wird 2014 voraussichtlich um 3.3 % zulegen, für 2015 wird eine Zunahme um 5.0 % erwartet. In den OECD-Ländern dürfte das BIP 2014 und 2015 um 1.9 % bzw. 2.4 % steigen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU wird 2014 um 1.2 % und 2015 um 1.6 % zunehmen. Für 2014 geht die Asiatische Entwicklungsbank davon aus, dass das Wirtschaftswachstum in Asien (ohne Japan) 6.2 % betragen wird. Für 2015 wird ein Wirtschaftswachstum von 6.4 % erwartet. Die Inflation bleibt in Asien wegen sinkender Nahrungsmittelpreise und des stabilen Ölpreises verhalten. In Lateinamerika wird das Wirtschaftswachstum 2014 nur 1.6 % betragen. Die brasilianische Wirtschaft verzeichnete in der ersten Jahreshälfte eine Rezession und bis zum Jahresende bleibt der Ausblick gedämpft. Die hohe Inflation bremst die Konsumnachfrage und in der Industrie fehlt das Vertrauen in den zukünftigen Geschäftsverlauf. Das brasilianische BIP wird 2014 voraussichtlich um nur 0.5 % wachsen. Für 2015 wird eine Verbesserung der Wirtschaftslage erwartet. Das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika insgesamt wird sich auf 3.4 % verstärken.

Im Euroraum wird die Wirtschaftsleistung 2014 voraussichtlich um 0.7 % zunehmen. Während Deutschland weiterhin die wettbewerbsstärkste Volkswirtschaft bleibt, ist die Konjunktur in Frankreich und Italien zum Stillstand gekommen. Im Euroraum insgesamt stabilisiert sich die Binnen- nachfrage. Die Exporte bleiben aber nach wie vor schwach. Von der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit sowie von der Zurückhaltung bei Lohnabschlüssen gehen noch immer dämpfende Effekte aus. Die Inflation bleibt in diesem Jahr außerordentlich niedrig. Bedingt durch die Preisentwicklung und wegen der vorherrschenden schwachen konjunkturellen Lage hat die Europäische Zentralbank im Juni 2014 den Leitzinssatz von 0.25 % auf 0.15 % gesenkt. Anfang September erfolgte eine weitere Zinssenkung auf 0.05 %. Es wurden auch Ankaufprogramme für Wertpapiere beschlossen, um die Investitionen zu stärken. Das BIP-Wachstum wird sich 2015 auf 1.4 % beschleunigen. Verstärkte Impulse werden vom privaten Konsum und der Investitionstätigkeit erwartet. Die Nachfrage aus den Ländern außerhalb der Währungsunion könnte sich verbessern. Die Inflation wird steigen und die Arbeitslosenquote etwas sinken.

Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum

	2013	2014	2015
BIP-Wachstum (%)	-0.4	0.7	1.4
Arbeitslosenquote (%)	11.9	11.6	11.3
Inflation HVPI (%)	1.4	0.6	1.2

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Das BIP des Euroraums ist im zweiten Quartal 2014 zum Vorquartal unverändert geblieben, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 0.6 %. Italien, Frankreich, Belgien und Finnland verzeichneten eine sehr schwache Konjunktur, während in Spanien ein starkes Wirtschaftswachstum einsetzte. Im dritten Quartal dürfte die Nachfrage im Euroraum schwach geblieben sein. Auch für die kommenden Monate ist keine markante Belebung in Sicht. Der ifo Index für die Wirtschaft im Euroraum ist in den Sommermonaten wieder etwas gesunken. Während die Beurteilung zur aktuellen Lage unverändert geblieben ist, haben sich nun die Erwartungen für die nächsten sechs Monate verschlechtert. Die befragten Experten befürchten steigende Energiepreise und Einschränkungen beim Export durch die Ukraine-Russland-Krise. Seit Juli 2013 befindet sich der *Markit Eurozone Composite Index* im Wachstumsbereich und im Juli 2014 hat der Indexwert den höchsten Stand seit Beginn der Indexveröffentlichung im Jahr 2011 erzielt. Der leichte Rückgang im August geht auf die

Verschlechterung der Auftragslage in der Güterverarbeitenden Industrie zurück. Nach einer Seitwärtsbewegung in den vergangenen fünf Monaten fiel der *Economic Sentiment Indikator* (ESI) der Europäischen Kommission im August erneut. Verschlechtert hat sich die Stimmung bei den Konsumenten sowie in der Güterverarbeitenden Industrie. Auf Länderebene fielen vor allem die Teilindizes für Italien und Deutschland. Etwas gedämpfter fiel der Stimmungsrückgang in Frankreich und in den Niederlanden aus. In Spanien blieb der Index unverändert.

Im Euroraum ist die Arbeitslosigkeit hoch, dagegen ist die Inflation auf einen Tiefstand gesunken. Im Juli 2014 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 11.5 %. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Griechenland mit 27.2 %. Die niedrigste Quote gab es in Deutschland und Österreich mit jeweils 4.9 %. Die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im August 0.3 %, nach 0.4 % im Juli. Im Juli verzeichneten die niedrigsten Inflationsraten Griechenland (-0.8 %) und Portugal (-0.7 %). Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Österreich um 1.7 % und im Vereinigten Königreich um 1.9 %.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** wird 2014 voraussichtlich um 2.1 % wachsen. Zu Jahresbeginn wurde die Konjunktur insbesondere von wetterbedingten Faktoren beeinträchtigt, in den darauf folgenden Monaten hat sich jedoch die Lage wieder stabilisiert. Die Zuversicht der Konsumenten steigt und mit der Lockerung der Standards für die Kreditaufnahme bei Banken ist die Nachfrage der Verbraucher nach Krediten, mit Ausnahme von Hypotheken, gestiegen. Der Aufwind an den Finanzmärkten spiegelt das Vertrauen der Anleger in den zukünftigen Geschäftsverlauf wider. Aufgrund der soliden konjunkturellen Lage werden die geldpolitischen Stimulierungsprogramme langsam auslaufen. Das Budgetdefizit dürfte mit 2.8 % des BIP (*Congressional Budget Office*) auf den niedrigsten Stand seit 2008 fallen. Von der guten konjunkturellen Entwicklung gehen auch positive Impulse auf den Arbeitsmarkt aus. Die Inflationserwartungen für das laufende Jahr bleiben knapp unter der 2-Prozent-Marke. Derzeit liegt das Zielband für die *Federal Fund Rate* zwischen 0 % und 0.25 %. Eine Anhebung der Zinsen erfolgte noch nicht, weil es noch immer Probleme am Arbeitsmarkt gibt (Rückgang des Arbeitskräfteangebots, hohe Langzeitarbeitslosigkeit, nur langsam steigende Arbeitnehmerentgelte). Im Jahr 2015 bleibt die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von 2.8 % gefestigt. Die Nachfrage der privaten Haushalte dürfte robust bleiben und maßgeblich zum Wirtschaftswachstum beitragen. Auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmer wird anhalten. Demnach werden sich im kommenden Jahr die Bedingungen am Arbeitsmarkt weiter verbessern. Im Jahresverlauf 2015 dürften die Zinsen zu steigen beginnen. Die Inflation wird voraussichtlich nicht mehr weiter zunehmen.

Nach einem Rückgang zu Jahresbeginn ist das BIP der USA im zweiten Quartal zum Vorquartal um 1.0 % gewachsen, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 2.5 %. Die Exporte und die Bauinvestitionen nahmen zu und das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen sowie des privaten Konsums hat sich verstärkt. Die Wohnungsknappheit treibt die Immobilienpreise in die Höhe, hohe Hypothekarzinsen dämpfen aber die Dynamik am Immobilienmarkt. In der Güterverarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor blicken die Unternehmen zuversichtlicher in die Zukunft.

Nach einer Schwächephase Ende 2013 steigt der vom *Institute for Supply Management* veröffentlichte Einkaufsmanagerindex wieder und erreichte im Juni einen Höchststand. Die leichte Abschwächung im Juli und August geht auf die nachlassende Dynamik im Dienstleistungssektor zurück. Der

Conference Board Leading Economic Indicator steigt weiter. Zum Indexanstieg im Juli haben die Baugenehmigungen und die Finanzmarkt- und Arbeitsmarktindikatoren beigetragen. Die Arbeitslosenquote fällt kontinuierlich. Mit 6.1 % lag sie im August schon sehr nahe am inflationsneutralen Niveau von 5.4 %. Die Erzeugerpreise stiegen im Juli um 2.9 % und die Verbraucherpreise um 2.0 %.

In **Japan** wird die Wirtschaft 2014 voraussichtlich um 1.2 % wachsen. Zu Jahresbeginn fiel die Nachfrage deutlich stärker aus, als es der konjunkturellen Grundtendenz entspricht, denn die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes im April hat in den Vormonaten zu Vorziehkäufen geführt. Stark zugenommen haben auch die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte. Die Binnenkonjunktur hat sich in den folgenden Monaten wieder beträchtlich abgekühlt und einen normalen Wachstumspfad eingeschlagen. In der Außenwirtschaft laufen in diesem Jahr die stimulierenden Effekte von der Yen-Abwertung aus, die Exporte profitieren jedoch von der anziehenden Weltkonjunktur. Die hohen Energieimporte belasten die Handelsbilanz. Wegen der wechselkursbedingt hohen Importkosten und der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes geht 2014 die Deflation in Japan zu Ende. Die vorherrschende konjunkturelle Schwäche veranlasst die *Bank of Japan*, ihre äußerst expansive Geldpolitik weiterzuführen. Im Jahr 2015 wird sich das Wirtschaftswachstum wegen einer schwächeren Binnennachfrage auf 1.0 % verlangsamen. Eine erneute Anhebung der Mehrwertsteuer könnte den ohnedies schwachen privaten Konsum dämpfen. Impulse werden von den Exporten erwartet, die vor allem von der soliden Konjunktur in den USA profitieren werden. Die Bedingungen am Arbeitsmarkt dürften stabil bleiben und es wird auch 2015 Preissteigerungen geben. Die Neuverschuldung Japans soll auf etwa 4 % des BIP gesenkt werden.

Das japanische BIP ist im zweiten Quartal 2014 zum Vorquartal um 1.8 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 0.1 % gesunken. Eine Korrektur gab es beim privaten Konsum, der im ersten Quartal aufgrund von Vorzieheffekten durch die Anhebung der Mehrwertsteuer stark zugenommen hatte. Rückläufig entwickelten sich auch die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Im dritten Quartal dürfte das Wirtschaftswachstum wieder etwas zugenommen haben. Für die kommenden Monate deuten die vorlaufenden Indikatoren auf eine schwache Expansion hin. Der *Markit/JMMA Japan Composite Index* liegt seit Juni wieder knapp über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten, denn in der Güterverarbeitenden Industrie setzte eine Erholung ein, die sich im August weiter verstärkt hat. Insgesamt verbesserte sich auch die Auftragslage in der Industrie. Der Abbau der Arbeitslosigkeit kam in den Sommermonaten zum Stillstand. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 3.8 %. Die Erzeugerpreise legten im August um 3.9 % zu und bei den Verbraucherpreisen machte die Jahresinflation im Juli 3.4 % aus. Dieser sprunghafte Anstieg reflektiert die Anhebung der Mehrwertsteuer von 5 % auf 8 %.

In der **Volksrepublik China** wird 2014 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 7.3 % betragen. Anfang 2014 entwickelten sich die Investitionstätigkeit und die Exporte schwach. Im kreditintensiven Hoch- und Tiefbau sowie in der Automobilbranche dämpfen die hohen Zinsen die Nachfrage. Um das Wachstumsziel von 7.5 % zu erreichen, hat die Regierung die Ausgaben für Infrastruktur und Steuersenkungen forciert. Die *Bank of China* hat vorübergehend den Zinssatz gesenkt und die Spannbreite, in der sich die nationale Währung bewegen kann, vergrößert. Nun darf der Kurs des Yuan 2 % vom täglichen Referenzkurs der *Bank of China* gegenüber dem amerikanischen Dollar abweichen. Bisher war eine Abweichung von 1 % in beide Richtungen möglich. Im Jahresverlauf 2014 dürften die Zinsen nicht mehr weiter ansteigen und auch bei der Aufwertung der nationalen

Währung wird eine Pause einsetzen. Die Inflation schwächt sich etwas ab. In den urbanen Gebieten liegt die Arbeitslosenquote bei 4 %. Die Wachstumsdynamik in der chinesischen Wirtschaft dürfte vergleichsweise schwach bleiben. Im Jahr 2015 dürfte das BIP erneut um 7.3 % zunehmen. Die Konjunktur im Immobiliensektor wird sich abkühlen. Der private Konsum und die Umsetzung von Infrastrukturprojekten werden die Inlandsnachfrage stützen. Mit der Festigung der globalen Wirtschaft dürften auch die Exporte wieder stärker anziehen. Die Inflation könnte sich verstärken. Die erwartete Wachstumsabschwächung führt zu einem Aufschub der Umsetzung von langfristigen Zielen der Regierung, wie dem Abbau von Überkapazitäten, Maßnahmen zum Umweltschutz und einem konsumgestützten Wachstumsmodell.

Das chinesische BIP ist im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal um 7.5 % gewachsen. Das Exportwachstum hat sich beschleunigt, die Konsumnachfrage hat hingegen nachgelassen. Die Investitionen verzeichneten zum zweiten Mal in Folge den schwächsten Zuwachs seit 2009, hervorgerufen durch eine restriktivere Kreditvergabe. Im dritten Quartal 2014 dürfte die Konjunktur robust geblieben sein. In den kommenden Monaten könnte jedoch die Wachstumsabschwächung im Bausektor die Konjunktur beeinträchtigen. Der Einkaufsmanagerindex (PMI) des britischen Bankhauses HSBC liegt seit Mai knapp über der Wachstumsschwelle. Der Dienstleistungssektor verzeichnete im August den höchsten Stand innerhalb von zwölf Monaten. In der Güterverarbeitenden Industrie hat sich die Dynamik abgeschwächt und sich erneut der 50-Punkte-Marke angenähert. Die Bedingungen am Arbeitsmarkt haben sich seit Jahresbeginn nicht mehr weiter verbessert. Die Jahresinflation betrug im Juli 2.3 % und lag somit deutlich unter dem Inflationsziel der Regierung von 3.5 %.

In **Deutschland** wird die Wirtschaft 2014 voraussichtlich um 1.5 % wachsen. Nach zwei schwachen Jahren beschleunigt sich die Konjunktur wieder stärker. Der intakte Arbeitsmarkt, steigende Einkommen und die moderate Preisentwicklung stützen den privaten Konsum. Impulse gehen auch vom Immobiliensektor aus, der von den historisch niedrigen Zinsen stimuliert wird. Aufgrund der soliden Staatsfinanzen, zurückzuführen auf eine im europäischen Vergleich insgesamt günstige Arbeitsmarktlage und eine stabile Wirtschaftsentwicklung, steigt auch der öffentliche Konsum. Gegenwind könnte es allerdings von der Nachfrageabschwächung in den Schwellenländern und von den politischen Spannungen mit Russland geben. Der trotzdem zuversichtliche Ausblick verbessert die Investitionsbereitschaft der Unternehmer. Es ist mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit und mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote zu rechnen. Die Inflation bleibt sehr niedrig. Höhere Lohnabschlüsse könnten jedoch dazu führen, dass die Teuerung sich wieder dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent nähert. Das BIP-Wachstum wird 2015 voraussichtlich 1.8 % betragen. Im Gegensatz zu 2014 werden stärkere Impulse von der Außenwirtschaft ausgehen. Eine Wachstumsbeschleunigung beim privaten Konsum erscheint hingegen unwahrscheinlich. Aufgrund der guten Wirtschaftslage sinkt die Arbeitslosenquote leicht und die Inflation wird voraussichtlich wieder etwas anziehen. Die verschärfte Sanktionspolitik gegenüber Russland und die Gegenmaßnahmen der dortigen Regierung werden sich im Außenhandel niederschlagen.

Nach der witterungsbedingt außerordentlich starken Dynamik im ersten Quartal ist das deutsche BIP im zweiten Quartal 2014 gegenüber dem Vorquartal um 0.2 % gesunken, im Vorjahresvergleich hat es um 1.3 % zugelegt. Eine Korrektur gab es bei den Bauinvestitionen, die auf ein normales Niveau zurückgingen, und der private Konsum hat sich deutlich abgeschwächt. In der Güterverarbeitenden Industrie stieg im Juli die Produktion wieder. Die Auftragslage hat sich deutlich

verbessert, was ein ermutigendes Signal für die Industriekonjunktur in den kommenden Monaten darstellt. Trotzdem haben die letzten Umfragen ergeben, dass sich die Stimmung bei den Unternehmen und Konsumenten verschlechtert hat.

Der Konjunkturindikator des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ist im August auf den tiefsten Wert seit Dezember gesunken. Der Markit Einkaufsmanagerindex befindet sich noch immer in der Expansionsphase, jedoch steigt der Gesamtindex seit Februar nicht mehr weiter an. Laut ifo Indikator ist die Stimmung der deutschen Unternehmen im August zum vierten Mal in Folge gefallen. Die Unternehmen waren erneut mit ihrer aktuellen Geschäftslage weniger zufrieden. Auch mit Blick auf den weiteren Geschäftsverlauf sind sie skeptischer geworden. In der Güterverarbeitenden Industrie ist die Stimmung auf den niedrigsten Stand seit Juli 2013 gefallen und vom Export werden immer weniger Impulse erwartet. Auch im Einzelhandel hat sich das Geschäftsklima weiter eingetrübt, während sich die Stimmung im Bauhauptgewerbe etwas verbessert hat. Der Optimismus der deutschen Verbraucher schwächte sich laut GfK im August ab. Einkommenserwartung und Anschaffungsneigung verloren gegenüber dem Vormonat leicht, während die Konjunkturerwartung angesichts der verschärften internationalen Lage regelrecht einbrach. Von den aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt und bei den Preisen sollten positive Impulse ausgehen. Im Juli sank die Arbeitslosenquote auf 4.9 % und auch für die nächste Zeit werden keine wesentlichen Änderungen erwartet. Die Erzeugerpreise sanken im Vorjahresvergleich um 0.8 %, die Verbraucherpreise stiegen um 0.8 %.

In **Italien** wird das BIP im Jahresdurchschnitt 2014 um 0.2 % sinken. Nach einer positiven Entwicklung Ende 2013 hat die Wirtschaftsleistung in der ersten Jahreshälfte abermals nachgegeben. Die stark rückläufige Tendenz der vergangenen zwei Jahre schwächte sich jedoch deutlich ab. Im laufenden Jahr kommen Wachstumsimpulse von der Außenwirtschaft und der Schrumpfungsprozess in der Inlandsnachfrage verlangsamt sich. Dies betrifft vor allem den privaten Konsum. In der Industrie werden hingegen Investitionsvorhaben weiter aufgeschoben. Stimulierende Maßnahmen von Seiten der öffentlichen Hand sind jedoch nicht wahrscheinlich, weil Italien vor der Herausforderung steht, den hohen Schuldenstand abzubauen. Der Arbeitsmarkt stabilisiert sich. Die Arbeitslosenquote dürfte somit 2014 den Höchststand erreicht haben. Die Inflation könnte auf 0.4 % zurückgehen. Im Jahr 2015 dürfte sich die Konjunktur mit einem BIP-Wachstum von 0.5 % etwas beleben. Die Exportnachfrage wird sich voraussichtlich verstärken und wesentlich zum Wirtschaftswachstum beitragen. Die Binnenkonjunktur bleibt hingegen schwach. Der private Konsum dürfte stagnieren. Der Schrumpfungsprozess bei den Investitionen wird sich weiter verlangsamen. Die Arbeitslosenquote dürfte auf dem hohen Niveau verharren. Markante Preissteigerungen sind nicht wahrscheinlich.

Im zweiten Quartal 2014 ist das BIP gegenüber dem Vorquartal um 0.2 % gesunken, auch gegenüber dem Vorjahresquartal ging es um 0.2 % zurück. Positive Impulse kamen von der Außenwirtschaft und vom privaten Konsum, der das dritte Mal in Folge leicht zugelegt hat. Bei der Investitionstätigkeit setzte sich der Schrumpfungsprozess fort. Im dritten Quartal dürfte die Konjunktur sehr schwach geblieben sein und auch für die kommenden Monate ist keine Belebung wahrscheinlich. Laut Umfragen des Forschungsinstituts Markit haben sich die Bedingungen in der italienischen Industrie wieder deutlich verschlechtert. Der Aufwärtstrend, der Ende 2013 begann und bis Juni anhielt, hat sich im Juli wieder abgeschwächt. Im August sind die Indexwerte für die Güterverarbeitende Industrie und für den Dienstleistungssektor unter die Wachstumsschwelle von 50 Punkten

gerutscht. Nur die Auftragseingänge aus dem Ausland wiesen ein moderates Wachstum auf. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 12.6 %. Die Erzeugerpreise sind im Juni gegenüber dem Vorjahr um 1.6 % gesunken, die Verbraucherpreise sind im Juli im Jahresvergleich unverändert geblieben.

In **Frankreich** dürfte das BIP 2014 voraussichtlich um 0.5 % steigen. Nach einer Stagnation in der ersten Jahreshälfte entwickelt sich die Konjunktur bis zum Jahresende sehr schwach. Die Investitionen in Ausrüstung stagnieren und die Bauinvestitionen sinken im Jahresdurchschnitt. Die Inflation bleibt moderat und der Abbau der Arbeitslosigkeit schreitet nur sehr zögerlich voran. Einsparungen bei den Staatsausgaben sollen dazu beitragen, die Neuverschuldung, die derzeit bei 4.4 % des BIP liegt, zu senken. Steuererhöhungen sind in der nahen Zukunft jedoch nicht geplant. Im Jahr 2015 wird sich das Wirtschaftswachstum in Frankreich auf 1.1 % beschleunigen. Der private Konsum wird deutlich stärker als in den Vorjahren zunehmen. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird mit einer Belebung gerechnet und in der Baubranche dürfte die Investitionstätigkeit nicht mehr so stark sinken. Die Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit könnten die Außenwirtschaft stärken. Wie in den Nachbarländern, so wird auch in Frankreich 2015 der Preisdruck zunehmen. Aufgrund der etwas verbesserten konjunkturellen Lage wird sich der Arbeitsmarkt stabilisieren.

Das französische BIP ist im zweiten Quartal 2014 im Vergleich zum Vorquartal unverändert geblieben, gegenüber dem Vorjahr legte es um 0.1 % zu. Der private Konsum hat wieder zugenommen, einen deutlichen Rückgang verzeichneten hingegen die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Auch im dritten Quartal dürfte sich die Konjunktur nicht merklich verbessert haben und auch für die kommenden Monate bleiben die Erwartungen gedämpft. Der *Markit France Composite Index* hat sich zwar im August der Wachstumsschwelle angenähert, zurückzuführen ist dies jedoch nur auf verbesserte Entwicklungen im Dienstleistungssektor. In der Güterverarbeitenden Industrie ist der Index zum vierten Mal in Folge gefallen. Auch der Insee Geschäftsklimaindikator ist noch weiter unter seinen langjährigen Durchschnitt gesunken. Die Teuerung bleibt gedämpft. Die Inflation betrug im Juli 0.6 %, die Erzeugerpreise sanken um 0.7 %. Seit Jahresende 2013 nimmt die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich nicht mehr zu. Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 10.3 %.

Im **Vereinigten Königreich** wird das BIP 2014 voraussichtlich um 3.1 % wachsen. Der Konjunkturaufschwung wurde von der Bautätigkeit sowie von der steigenden Konsumbereitschaft der Haushalte eingeleitet. Der *Funding for Lending Scheme*, der zu Jahresbeginn 2013 von der *Bank of England* in Kraft gesetzt wurde, erleichterte die Aufnahme von Hypotheken und hat dadurch den Immobilienmarkt stimuliert. Diese Maßnahme hat wesentlich dazu beigetragen, dass derzeit die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs innerhalb der Industrieländer (G-7) die stärkste Wachstumsdynamik aufweist. Seit Jahresbeginn 2014 wird die Konjunktur breiter abgestützt. Aufgrund der geringen Inflation steigen die Reallöhne und mit der wachsenden Zuversicht der Unternehmer in den zukünftigen Geschäftsverlauf nimmt die Investitionsbereitschaft zu. Die Exportwirtschaft leidet jedoch noch immer unter der Nachfrageschwäche im Euroraum und unter den Folgen der Wechselkursaufwertung, die Mitte 2013 einsetzte. Die Inflation entwickelt sich verhalten und die Arbeitslosenzahlen sinken. Um den nachhaltigen Aufschwung nicht zu gefährden, plant die *Bank of England*, die Zinsen bis Anfang 2015 auf dem derzeitigen Niveau von 0.5 % zu belassen und *Quantitative Easing* im unveränderten Ausmaß fortzuführen. Die Wirtschaftsentwicklung wird 2015 mit einem BIP-Wachstum von 2.4 % robust bleiben. Die treibende Kraft geht von der Inlandsnachfrage aus, aber auch die Nachfrage aus dem Ausland dürfte sich etwas verbessern, denn eine erneute Aufwertung des Britischen Pfund ist nicht wahrscheinlich. Die Inflation wird sich verstärken.

Risiken für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gehen von der hohen Verschuldung der Haushalte und vom beträchtlichen Leistungsbilanzdefizit aus.

Die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs nahm im zweiten Quartal zum Vorquartal um 0.8 % und zum Vorjahresquartal um 3.2 % zu. Das Wachstum wurde von der Inlandsnachfrage getragen, während die Exporte, nach einem Zuwachs im Vorquartal, erneut nachgegeben haben. Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaftsentwicklung robust geblieben sein. Auch in den kommenden Monaten ist mit einer soliden Konjunkturentwicklung zu rechnen. Der *Markit/CIPS UK Manufacturing & Services PMI* blieb auch im August auf seinem hohen Niveau. Eine sehr starke Dynamik verzeichneten der Dienstleistungssektor und die Baubranche, während die Güterverarbeitende Industrie unter der schwachen Nachfrage aus dem Ausland leidet. Laut der *Confederation of British Industry* wird die Beschäftigung im Schlussquartal im Vergleich der letzten 15 Jahre einen Höchststand erreichen. Die Arbeitslosigkeit nimmt seit Anfang 2012 kontinuierlich ab. Im Mai ist die Arbeitslosenquote auf ein Fünf-Jahres-Tief gesunken. Seit Jänner liegt die Inflation unter der 2-Prozent-Marke. Die Jahresteuierung machte im Juni 1.9 % aus, die Erzeugerpreise sanken im Juli um 0.1 %.

Die Wirtschaft der **Schweiz** wird 2014 voraussichtlich um 1.4 % wachsen. Der private Konsum schwächt sich ab und der Zyklus am Schweizer Immobilienmarkt dürfte seinen Zenit erreicht haben. Bei den Ausrüstungsinvestitionen setzt im Jahresverlauf hingegen eine schwache Belebung ein. Die wesentlichen Impulse dürften weiterhin von der Inlandsnachfrage ausgehen. Abgesehen von der Pharma- und Chemiebranche entwickeln sich in der Güterverarbeitenden Industrie die Exporte nur zaghaf. Die Exportwirtschaft profitiert einerseits von der Stabilisierung der Wirtschaftslage im Euroraum, andererseits stärken die Maßnahmen zur Deflationsbekämpfung im Euroraum und die geopolitischen Konflikte in Osteuropa und im Nahen Osten den Schweizer Franken. Der Wechselkurs gegenüber dem Euro hat sich im August der 1.20 CHF-Marke knapp angenähert und macht eine Intervention durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) wahrscheinlicher. Preissteigerungen werden auch für 2014 nicht erwartet. Die SNB wird daher auf absehbare Zeit das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert bei 0 % bis 0.25 % belassen. Die Perspektiven der Schweizer Wirtschaft sind aufwärts gerichtet. Das BIP wird 2015 voraussichtlich um 1.8 % zunehmen. Die Konjunktur dürfte wiederum von der Inlandsnachfrage getragen werden, es ist aber auch mit einer Verstärkung der Nachfrage aus dem Ausland zu rechnen. Aufgrund der robusten Inlandskonjunktur könnten auch die Importe stärker zulegen. Von der Außenwirtschaft werden daher im kommenden Jahr keine Wachstumsimpulse erwartet.

Das BIP der Schweiz ist im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorquartal unverändert geblieben, im Vorjahresvergleich legte es um 1.1 % zu. Der private Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen sind gestiegen, einen Rückgang verzeichneten der öffentliche Konsum und die Bauinvestitionen. Die konjunkturelle Abschwächung im Bausektor könnte ein Hinweis darauf sein, dass die verschärften Vorschriften bei der Vergabe von Hypotheken allmählich Wirkung zeigen. Leicht negativ auf die BIP-Entwicklung wirkt sich der Außenhandel aus. Im dritten Quartal dürfte die Konjunktur schwach geblieben sein. Das Wachstum der Schweizer Wirtschaft dürfte sich in den kommenden Monaten in etwa auf dem langfristigen Durchschnitt stabilisieren. Das KOF-Konjunkturbarometer stieg im August wieder, nachdem es im Juli deutlich unter seinen langfristigen Durchschnitt gefallen war. Positive Impulse kamen von den industrie- und konsumnahen Indikatoren und von den Indikatoren für die internationale Konjunktur. Die Indikatoren für das Kreditwesen und das Gastgewerbe sind

unverändert geblieben. Ein negativer Beitrag kam von den baunahen Indikatoren. Der Einkaufsmanagerindex der *Credit Suisse* ist von seinem hohen Niveau zu Jahresbeginn auch im August weiter gesunken. Die Arbeitslosenquote hat im August 3.2 % betragen. Die Verbraucherpreise sind um 0.1 % gestiegen, die Erzeugerpreise gingen um 0.9 % zurück.

Nach einem guten ersten Quartal war in den meisten **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern** im zweiten Quartal dieses Jahres eine leichte Abschwächung der Aufschwungsdynamik zu beobachten. Dafür war in den meisten neuen EU-Mitgliedsländern der negative außenwirtschaftliche Wachstumsbeitrag ursächlich. Die positive Entwicklung der Wirtschaftsleistung in der ersten Jahreshälfte war überwiegend auf die Dynamik der Inlandsnachfrage – sowohl auf private Investitionen als auch auf den privaten Konsum – zurückzuführen.

Am stärksten nahm die Wirtschaftsleistung in der ersten Jahreshälfte in Polen und Ungarn zu, wo die aus EU-Mitteln kofinanzierten Infrastrukturinvestitionen als die Hauptwachstumsmotoren fungierten. Dynamisch ging es auch in Tschechien aufwärts. Dort waren insbesondere der private Konsum und die Bauinvestitionen für die Expansion verantwortlich. In Rumänien, wo die Wirtschaftsdynamik nur moderat war, trugen die Nettoexporte und der private Konsum das Wachstum. Während sich in Kroatien aufgrund der anhaltend schwachen Inlandsnachfrage sowie der geringen Wettbewerbsfähigkeit und der schmalen Exportbasis die Schrumpfung des BIP in der ersten Jahreshälfte fortsetzte, erholte sich die Konjunktur in Slowenien infolge kräftiger Bauinvestitionen und lebhafter Exporte.

Die niedrigen Zinsen und die geplanten Infrastrukturinvestitionen dürften die Konjunktur im Prognosezeitraum stützen. Zudem stärken die im historischen Vergleich niedrigen Inflationsraten die Kaufkraft und das Konsumentenvertrauen, sodass auch der private Konsum als Konjunkturstütze wirkt. Die Inflationserwartungen dürften auch durch die in den meisten Ländern aufgrund der abgebauten externen Ungleichgewichte und der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen verbesserten inländischen Rahmenbedingungen stabilisiert werden. Hingegen dämpft die schwächere Konjunktur im Euroraum, die zu einem gewissen Grad die Auswirkungen der Ukraine-Russland-Krise widerspiegelt, die Exporte der neuen Mitgliedsländer während der Prognoseperiode.

Der anhaltende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und die von Russland verhängten Gegensanktionen (Importstopp für Landwirtschaftsprodukte aus der EU) beeinflussen die wirtschaftliche Dynamik in den neuen Mitgliedsländern in unterschiedlichem Ausmaß. Am größten dürften die Auswirkungen in den drei baltischen Staaten ausfallen, da diese direkt und indirekt stark mit Russland verflochten sind, gefolgt von Polen und Ungarn. Allerdings dürfte die Wirkung der russischen Gegensanktionen auf die Wirtschaft der neuen Mitgliedsländer nur zwischen 0.3 Prozentpunkten in Polen und Ungarn und 0.1 Prozentpunkten in Tschechien und der Slowakei betragen. Infolgedessen ist zu erwarten, dass sich die wirtschaftliche Aktivität weiterhin moderat positiv entwickeln wird, wobei die erheblichen Unterschiede innerhalb der Region bestehen bleiben. Alles in allem erwartet das Institut eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören (NMS-7), jeweils um 2.8 % in diesem und im nächsten Jahr.

In **Ungarn** verzeichnete das BIP im zweiten Quartal eine Steigerung von 3.7 % gegenüber dem Vorjahr und um 0.8 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde von der Inlandsnachfrage getragen. Die Investitionen nahmen stark zu. Dies gilt sowohl für die Bau- als auch für die Ausrüstungsinvestitionen. Die Lohnsteigerungen schlugen sich in einem moderaten Wachstum des privaten Konsums nieder. Der öffentliche Konsum erhöhte sich leicht. Da die Exporte und Importe gleich stark expandierten, war der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum neutral. Die Inflationsrate erhöhte sich im Juli auf 0.5 %. Die Arbeitslosenquote lag im Juni mit 8.1 % um rund 2 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die neuen Produktionskapazitäten in der Automobilindustrie dürften sich weiterhin positiv auf die ungarischen Exporte auswirken. Im Verlauf der ersten sieben Monate des heurigen Jahres wurde der Leitzins bis auf 2.1 % gesenkt, was die Konjunktur stützen dürfte. In den Jahren 2014 und 2015 dürfte das BIP-Wachstum alles in allem 3.3 % bzw. 2.0 % betragen.

Die Wirtschaft in **Polen** expandierte im zweiten Quartal mit einem Anstieg um 3.3 % zum Vorjahresquartal bzw. um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal sehr stark. Die aus EU-Mitteln kofinanziert Infrastrukturinvestitionen waren dabei die Hauptwachstumsmotoren. Infolge steigender Löhne und Beschäftigung nahm der private Konsum moderat zu. Der öffentliche Konsum trug ebenfalls zum Wachstum bei. Wegen der starken Importdynamik wurde der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum hingegen negativ. Die Inflation blieb schwach und betrug im Juli 0.5 %, was die Kaufkraft stützte. Die Arbeitslosenquote lag mit 9.0 % um 1.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Der niedrige Leitzins, der im vergangenen Jahr auf 2.5 % gesenkt worden war, stützt die Konjunktur. Eine unumgängliche restriktive Finanzpolitik (Polen befindet sich derzeit im EU-Defizitverfahren) dürfte die Wirtschaftsexpansion in der Prognoseperiode bremsen. Das Wirtschaftswachstum dürfte in den Jahren 2014 und 2015 infolge einer starken Inlandsnachfrage 3.2 % bzw. 3.5 % betragen.

In **Tschechien** stagnierte das BIP im zweiten Quartal 2014 im Vergleich zum Vorquartal. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Wirtschaftsleistung um 2.7 %. Der private Konsum leistete bei einem leichten Anstieg der Beschäftigung und einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote (6.0 % im Juli) einen moderaten Beitrag zum Wachstum. Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhten sich stark im Vorjahresvergleich, zum Vorquartal sanken sie. Nach der exportgetriebenen Erholung, die im Vorjahr begann, expandierten die Exporte zum ersten Mal weniger stark als die Importe. Die Inflation blieb im Juli mit 0.6 % auf dem niedrigen Niveau, das seit Anfang des Jahres zu beobachten war. In den Jahren 2014 und 2015 dürfte das BIP jeweils um 2.5 % zunehmen. Ein stärkeres Verbrauchervertrauen, Realeinkommenssteigerungen sowie eine gelockerte Fiskalpolitik zur Finanzierung von geplanten umfangreichen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen dürften in der Prognoseperiode wachstumsfördernd wirken.

Im zweiten Quartal nahm die Wirtschaftsleistung in der **Slowakei** gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres um 2.4 %, gegenüber dem Vorquartal um 0.6 % zu. Das Wachstum wurde von der Inlandsnachfrage getragen. Dynamisch entwickelten sich sowohl die Investitionen als auch der private und der öffentliche Konsum. Die Dynamik des Außenhandels verlangsamte sich und die Importe stiegen stärker als die Exporte. Die Inflationsrate blieb im Juli bei -0.2 %. Die Arbeitslosenquote lag seit Anfang des Jahres leicht unter 14 % und damit im Juli um 0.5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Das Wirtschaftswachstum dürfte in der Prognoseperiode von Infrastrukturinvestitionen (unterstützt durch EU-Strukturfondsmittel) und Erweiterungsinvestitionen im produ-

zierenden Bereich stimuliert werden. Alles in allem wird mit einem BIP-Wachstum von 2.2 % in diesem Jahr gerechnet. Mit der fortschreitenden Reform des öffentlichen Sektors und fiskalischen Impulsen dürfte sich das BIP-Wachstum im nächsten Jahr auf 2.8 % erhöhen.

Im zweiten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung in **Slowenien** um 1.0 % zum Vorquartal, im Vorjahresvergleich stieg sie um 2.8 %. Die Exporte (vor allem von Metallen und elektrischen Geräten) und die Importe zogen an, wobei sich die Exporte stärker erhöhten, sodass die Nettoexporte positiv zum Wachstum beitrugen. Während die Bauinvestitionen besonders stark expandierten, schrumpften die Ausrüstungsinvestitionen infolge des Schuldenabbaus im Unternehmenssektor. Wegen der hohen Verschuldung der privaten Haushalte stieg der private Konsum nur leicht. Im Juli erhöhte sich die Inflationsrate auf 0.3 %. Die Arbeitslosenquote betrug 9.8 % und lag damit auf dem Vorjahresniveau. Wegen einer allmählichen Erholung der Inlandsnachfrage und anhaltend dynamischen Exporten dürfte sich das BIP-Wachstum heuer auf 2.2 % erhöhen und im nächsten Jahr 1.5 % betragen. Zusätzliche Reformanstrengungen, um das Haushaltsdefizit unter die Marke von drei Prozent der nationalen Wirtschaftskraft zu drücken, sind notwendig, da sich Slowenien im EU-Defizitverfahren befindet.

In **Rumänien** erhöhte sich das BIP im zweiten Quartal um 1.5 % im Vorjahresvergleich, gegenüber dem Vorquartal sank es um 1.0 %. Die Exporte und die Importe entwickelten sich dynamisch, wobei die Exporte stärker als die Importe zunahmen. Sowohl die privaten als auch die öffentlichen Investitionen verringerten sich. Infolge von realen Lohnsteigerungen nahm der private Konsum moderat zu. Die Inflationsrate betrug im Juli 1.5 %. Die Arbeitslosenquote sank auf 7.0 % und lag damit um 0.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Der Leitzins wurde in den ersten sieben Monaten dieses Jahres mehrmals gesenkt. Ein weiterer Zinsschritt ist wegen günstiger Inflationsaussichten bis zum Ende des Jahres wahrscheinlich. Die niedrigen Zinsen sollten die Konjunktur stützen. Das BIP dürfte 2014 um 2.6 % steigen. Wegen der anstehenden Präsidentenwahlen wird mit zusätzlichen Impulsen von den öffentlichen Ausgaben gegen Ende des Jahres gerechnet. 2015 dürfte die Wirtschaftsleistung um 2.7 % expandieren.

Im zweiten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung in **Bulgarien** um 1.6 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bzw. 0.5 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde von den Ausrüstungsinvestitionen und vom Konsum getragen. Da die Exporte nur schwach zunahmen und sich die Importe moderat erhöhten, wiesen die Nettoexporte einen negativen Beitrag zum Wachstum auf. Wegen der Senkung der administrierten Preise verringerte sich die Inflationsrate auf -1.4 % im Juli. Die Arbeitslosenquote lag mit 11.5 % um 1.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahrsniveau. Die hohe Arbeitslosigkeit und die beträchtliche Verschuldung der Haushalte und Unternehmen dämpfen das BIP-Wachstum in der Prognoseperiode. Eine vor dem Hintergrund der niedrigen öffentlichen Verschuldung (mit rund 20 % die zweittiefste in der EU) gelockerte Fiskalpolitik dürfte wachstumsfördernd wirken. In den Jahren 2014 und 2015 dürfte die Wirtschaftsleistung um 1.4 % bzw. 2.3 % zunehmen.

In **Kroatien** ging das BIP im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal um 0.8 % bzw. gegenüber dem Vorquartal um 0.3 % zurück. Die Nettoexporte trugen positiv zum Wachstum bei, da die Importe langsamer als die Exporte zunahmen. Die Investitionen und der Konsum entwickelten sich hingegen negativ. Im Juli erhöhte sich die Inflationsrate auf 0.5 %, die Arbeitslosenquote ging auf 16.2 % zurück. Im Vorjahresvergleich entspricht dies einem Rückgang um 2 Prozent-

punkte. Die hohe Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen sowie die notwendige Haushaltskonsolidierung (Kroatien befindet sich in einem EU-Defizitverfahren) dämpfen in der Prognoseperiode die Inlandsnachfrage. Im Jahr 2014 dürfte die Wirtschaftsleistung um 0.5 % schrumpfen. 2015 dürfte sie stagnieren.

In **Russland** hat sich die konjunkturelle Dynamik in der ersten Jahreshälfte weiter verlangsamt. Das BIP nahm lediglich um 0.9 % zu, nach 1.7 % im zweiten Halbjahr 2013. Ursächlich dafür war nicht nur der Konflikt mit der Ukraine. Vielmehr zeichnete sich die Abschwächung der Expansionsdynamik schon zuvor aufgrund struktureller Schwächen der russischen Wirtschaft ab. Zu diesen zählen der Mangel an vor allem qualifizierten Arbeitskräften, die entsprechend geringe Zunahme der Arbeitsproduktivität und eine schmale Exportbasis.

Die Investitionsnachfrage entwickelte sich schwach, und die Stimmung bei den Unternehmen war durch Zurückhaltung geprägt. Zusätzlich erschwerten die von der EU, den USA und anderen Ländern gegen Russland verhängten Sanktionen den Zugang russischer Unternehmen zu den internationalen Kapitalmärkten. Zugleich sank die Kreditvergabe ausländischer Banken in Russland. Aufgrund von sinkenden Realeinkommen und der schwächeren Kreditvergabe verlangsamte sich auch die Dynamik des privaten Konsums, obwohl die Beschäftigung stabil blieb. Die Arbeitslosenquote betrug im Mai lediglich 4.9 %. Dabei stützten die aufgrund der Rubel-Abwertung zunehmenden Steuereinnahmen aus dem Öl-Geschäft die russische Wirtschaft. Ebenfalls expansiv wirkte die Staatsausgabendynamik, darunter nahmen die Rüstungsausgaben stark zu.

Trotz der konjunkturellen Abschwächung blieb die Inflationsrate in der ersten Jahreshälfte hoch. Sie erreichte im Juni 7.8 %. Hauptgründe dafür waren zum einen die Wirkung der Rubel-Abwertung auf die Preise verschiedener Güter und Dienstleistungen, zum anderen eine Preiserhöhung bei vielen Lebensmitteln. Wegen der anhaltenden Kombination Angebotsverknappender Faktoren, darunter den verschärften geopolitischen Spannungen und deren möglichen Auswirkungen auf die Rubel-Wechselkursdynamik sowie die Wirkung der von Russland verhängten Gegensanktionen (Importstopp für Landwirtschaftsprodukte aus der EU), dürfte die Inflation in den kommenden Monaten hartnäckig hoch bleiben. Hinzu kommen preistreibende Effekte von möglichen Änderungen der Steuer- und Tarifpolitik. Als Reaktion auf die anhaltend hohe Inflation erhöhte die russische Notenbank den Leitzins seit März bereits drei Mal auf zuletzt 8 %. Bei steigendem Inflationsdruck ist mit weiteren Zinserhöhungen bis Ende des Jahres zu rechnen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Russlands wird in der Prognoseperiode durch den weiteren Verlauf des Konflikts mit der Ukraine und mögliche Sanktionsverschärfungen sowie weitere Gegensanktionen geprägt sein. Dadurch bleibt die Unsicherheit für Investoren hoch. Neben der geringen Investitionsbereitschaft inländischer und ausländischer Unternehmen dürften eine zunehmende Kapitalknappheit und die dadurch erhöhten Kapitalkosten die Investitionstätigkeit weiter dämpfen. Der private Konsum dürfte zwar weiterhin einen wichtigen Beitrag zum Wachstum leisten, allerdings wird sich das Expansionstempo voraussichtlich weiter verlangsamen, zumal höhere Zinsen für Konsumkredite die weitere Zunahme der Verschuldung der privaten Haushalte bremsen dürften. Wegen der verhaltenen konjunkturellen Entwicklung bei den wichtigsten Haupthandelspartnern Russlands sind auch von dieser Seite keine bedeutenden Wachstumsimpulse zu erwarten. Steigende Staatsausgaben für große öffentliche Infrastrukturprojekte und Rüstungsgüter dürften dagegen expansiv wirken. Alles in allem erwartet das Institut einen äußerst mäßigen Anstieg des BIP um 0.2 % in diesem und um 0.7 % im kommenden Jahr.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2011	2012	2013	2014	2015
Welthandel	6.1	1.9	2.7	3.3	5.0
BIP, real					
Deutschland	3.6	0.4	0.1	1.5	1.8
Italien	0.4	-2.4	-1.9	-0.2	0.5
Frankreich	2.0	0.0	0.2	0.5	1.1
Vereinigtes Königreich	1.1	0.3	1.7	3.1	2.4
Schweiz	1.8	1.0	1.9	1.4	1.8
USA	1.6	2.3	2.2	2.1	2.8
Japan	-0.5	1.5	1.5	1.2	1.0
China	9.3	7.7	7.7	7.3	7.3
Polen	4.5	2.0	1.6	3.2	3.5
Slowakei	3.0	1.8	0.9	2.2	2.8
Tschechien	1.8	-1.0	-0.9	2.5	2.5
Ungarn	1.6	-1.7	1.1	3.3	2.0
Slowenien	0.7	-2.5	-1.1	2.2	1.5
MOEL-5*)	3.2	0.6	0.8	2.9	2.9
Bulgarien	1.8	0.6	0.9	1.4	2.3
Rumänien	2.3	0.6	3.5	2.6	2.7
Kroatien	-0.2	-1.9	-0.9	-0.5	0.0
Russland	4.3	3.4	1.3	0.2	0.7
Euroraum	1.6	-0.7	-0.4	0.7	1.4
NMS-7**)	3.1	0.7	1.4	2.8	2.8
EU-28	1.6	-0.4	0.1	1.2	1.6
OECD	2.0	1.5	1.3	1.9	2.4
Österreichische Exportmärkte	6.5	1.7	1.7	3.0	4.5
USD/EUR Wechselkurs***)	1.39	1.29	1.33	1.34	1.27
Rohölpreis (Brent)***)****)	111.7	112.0	109.0	107.0	110.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

**) NMS-7: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Litauen

***) absolute Werte

****) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

In der österreichischen Außenwirtschaft bleibt die Konjunktur 2014 verhalten. Zurückzuführen ist dies auf die schwache Importnachfrage aus Deutschland und Italien und auf den Rückgang der österreichischen Exporte nach Russland und Südamerika. Im Gesamtjahr 2014 werden die Warenexporte sowie die Exporte von Unternehmensbezogenen Dienstleistungen zwar zulegen, das Wachstum wird aber noch immer weit unter dem langjährigen Durchschnitt liegen. Auch 2015 bleibt die Exportkonjunktur vergleichsweise schwach. Die Exportpreise sollten, nach einem Rückgang im Jahr 2013, 2014 leicht anziehen und 2015 stärker steigen. In der Leistungsbilanz wird der Warenhandel weiterhin ein leichtes Defizit ausweisen. Ein Überschuss wird hingegen in der Dienstleistungsbilanz erwartet.

Die Warenexporte sind nach einem Zuwachs im ersten Quartal in den folgenden Monaten wieder zurückgegangen. Die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria sanken im zweiten Quartal im Vorjahresvergleich um 0.2 %. Die Exporte in den Euroraum gaben um 1.4 % nach, die Ausfuhren in die Länder außerhalb der Währungsunion stiegen hingegen um 1.1 %. Die stärkste Dynamik wiesen die Exporte nach Nordamerika, in den Mittleren Osten und nach Asien auf, während die Exporte nach Nord- und Südosteuropa und nach Südamerika abermals deutlich gesunken sind. Nach Warengruppen hat sich bei den Chemischen Erzeugnissen mit einem Rückgang von 0.1 % und bei den Bearbeiteten Waren mit einem Rückgang von 0.9 % die positive Entwicklung zu Jahresbeginn nicht mehr weiter fortgesetzt. Das Wachstum bei den Ausfuhren von Maschinen und Fahrzeugen hat sich auf 0.6 % und von Fertigwaren auf 0.5 % abgeschwächt. Im dritten Quartal ist die Nachfrage aus Deutschland voraussichtlich wieder gestiegen, die Exporte in die anderen Länder des Euroraums dürften hingegen gedämpft geblieben sein. Die Zunahme der nominellen Warenexporte dürfte sich in diesem Jahr auf 4.0 % beschleunigen. Eine weitere Aufhellung in der Auslandsnachfrage dürfte es 2015 geben, sodass mit einem Exportwachstum von 6.3 % gerechnet werden kann. Im Jahr 2014 werden die Warenimporte aufgrund der anziehenden Welthandelsdynamik und Binnennachfrage mit 3.4 % wieder stärker als im Vorjahr anziehen. Für 2015 wird ein Importwachstum von 6.3 % erwartet.

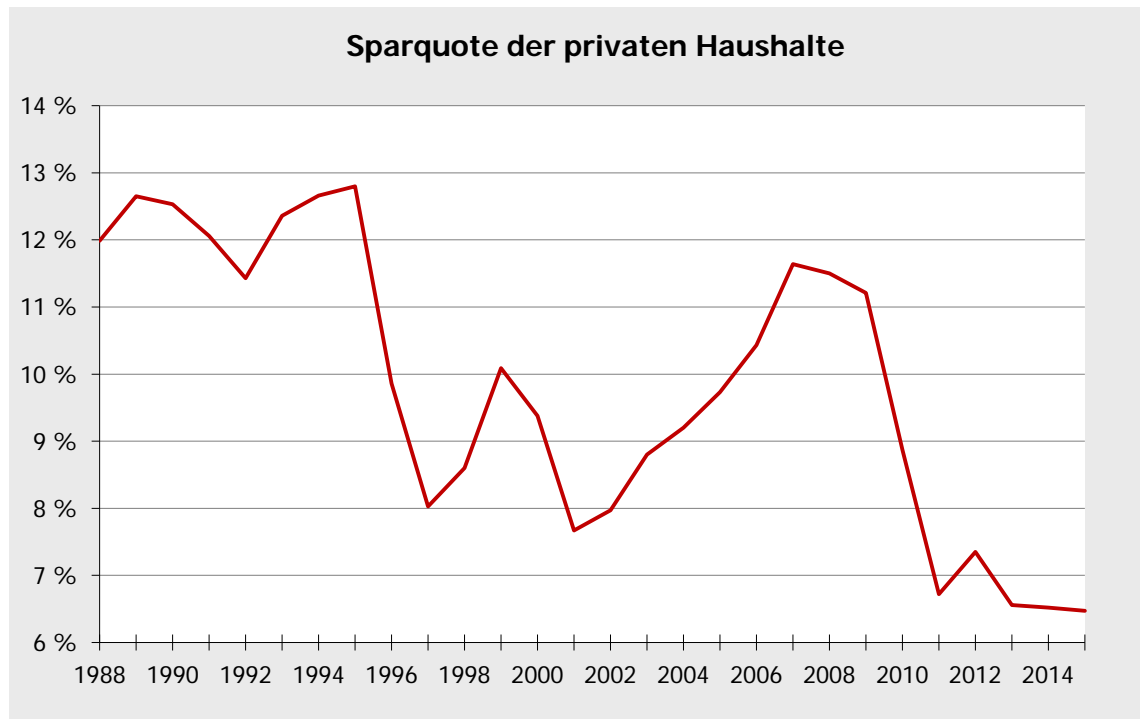
Der Tourismus dürfte sich heuer schwach entwickeln. Nach sehr schlechten Ergebnissen zu Jahresbeginn haben sich vor allem im April und Juni die Nächtigungen von Ausländern in Österreich verbessert. Von Jänner bis Juni gingen die Übernachtungen von Ausländern in Österreich laut Statistik Austria um 2.0 % zurück. Außerordentlich stark zugenommen haben die Nächtigungen von Reisenden aus den USA, Italien und Asien. Hingegen fielen die Übernachtungen von Reisenden aus Deutschland am stärksten. Rückgänge gab es auch bei den Nächtigungen von Reisenden aus der Schweiz, den Niederlanden, Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Für 2014 wird daher bei den nominellen Reiseverkehrsexporten ein Rückgang um 0.3 % erwartet. Im Jahr 2015 dürften sie um 3.0 % wachsen. Die Reiseverkehrsimporte werden 2014 um 2.5 % wachsen, gefolgt von einem Zuwachs von 3.3 % im Jahr 2015.

Die realen Exporte i. w. S. laut VGR sollten in den Jahren 2014 und 2015 um 3.1 % bzw. 4.9 % zulegen. Die realen Warenexporte werden um 3.8 % bzw. 5.3 % steigen. Mit dem Anziehen der Exporte und der Binnennachfrage beschleunigt sich auch die Importnachfrage. Die realen Importe i. w. S. laut VGR werden 2014 und 2015 um 3.4 % bzw. 4.8 % zunehmen. Für die realen Warenimporte ist mit einem Anstieg um 3.4 % bzw. 5.0 % zu rechnen.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im laufenden Jahr hat die Haushaltsnachfrage die in sie gesetzten Erwartungen bisher eher enttäuscht. Inflationsbereinigt überstiegen die Konsumausgaben die Vergleichswerte des Vorjahres nur geringfügig. Von dieser verhaltenen Ausgabenfreude ist die Nachfrage sowohl nach Diensten als auch nach Gütern des täglichen Bedarfs betroffen, während die Kfz-Neuzulassungen weiterhin sogar rückläufig sind. Es ist immerhin davon auszugehen, dass die Haushaltsnachfrage im restlichen Jahr ein wenig an Schwung gewinnen wird und dass diese optimistischere Konsumlaune dann auch im kommenden Jahr anhalten sollte.

Der **private Konsum** folgt in seiner Dynamik den verfügbaren realen Einkommen und legt heuer real um 0.5 % zu, im kommenden Jahr um 0.8 %. Diese Einschätzung stellt sich nun in beiden Prognosejahren etwas ungünstiger dar als in der letzten Institutsprognose. Im laufenden Jahr spiegelt diese Revision die zuletzt beobachtete Entwicklung wider. Zudem hat sich in beiden Jahren die Einschätzung der Gewinneinkommen eingetrübt, was sich in einem um rund einen halben Prozentpunkt niedrigeren Wachstum der Realeinkommen insgesamt niederschlägt.



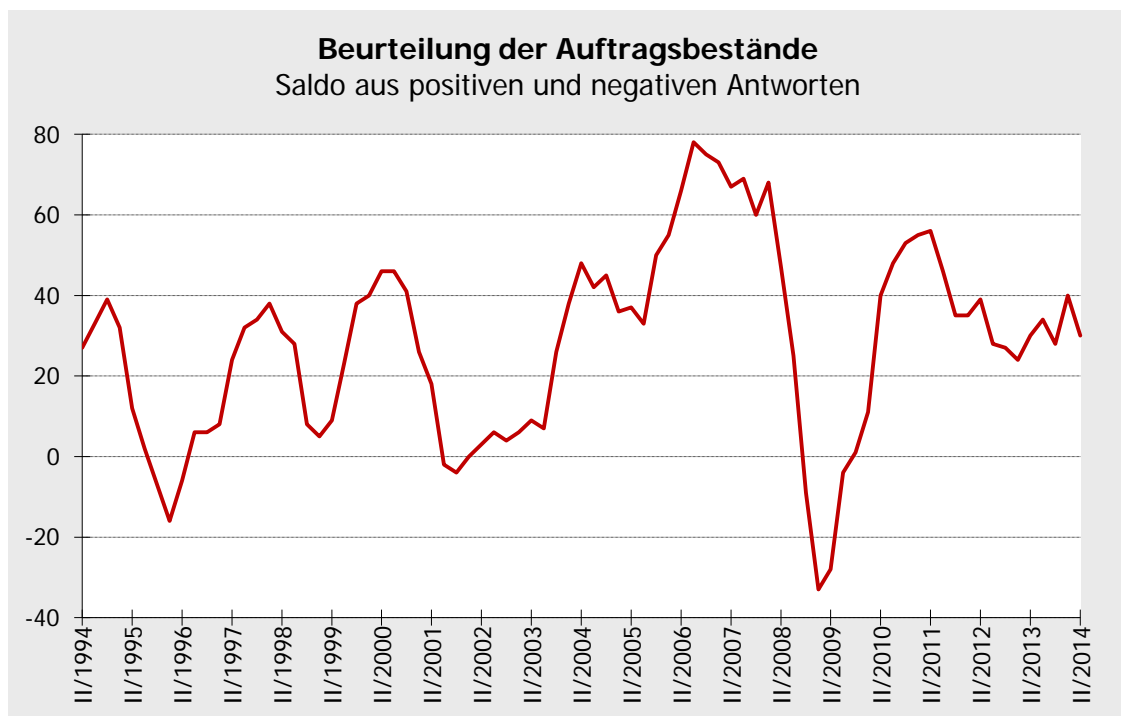
Die Grafik zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** seit 1988. Diese Kenngröße folgt offenbar längeren zyklischen Mustern. Fallende Sparquoten sind für Phasen unbefriedigender Einkommensdynamik typisch, in denen die Haushalte entsparen, um ihr gewohntes Konsumniveau aufrecht zu erhalten. Steigende Sparquoten sind meistens eine Reaktion auf starke Einkommenszuwächse, wobei ein niedriges Niveau der Sparquote den Auftrieb zu verstärken scheint. Derzeit scheint ein positives jährliches Wachstum des Realeinkommens zwar gesichert, dieses ist jedoch zu schwach, um die aktive Verfolgung von Sparzielen zu ermöglichen, und so stagniert die Haushaltssparquote auf dem niedrigen Niveau von 6 ½ % im Bereich einer langfristigen Talsohle.

Das relativ kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wird oft gemeinsam mit dem privaten Konsum behandelt, hat sich aber in seiner Dynamik zuletzt vom Konsum der Haushalte gelöst und weist stärkere Zuwächse auf. In den beiden Prognosejahren wird es real um 1.5 % bzw. 1.8 % zunehmen.

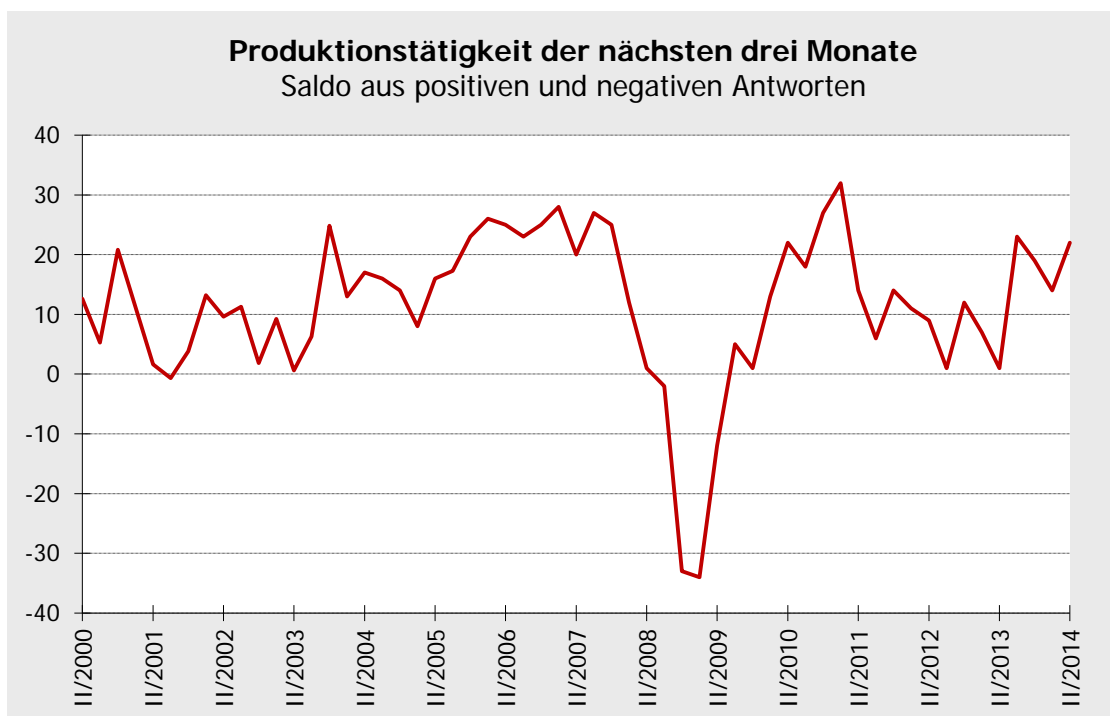
Die Nachfrageschwäche und die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit den geopolitischen Krisen belasten die Ausrüstungsinvestitionen, während sich die Bauinvestitionen im ersten Halbjahr robust entwickelten. Laut den gegenwärtig verfügbaren Daten der VGR gingen die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 2014 im Vorjahresvergleich um 0.2 % zurück. Die Anschaffungen von Maschinen und Geräten wurden um 6.5 % eingeschränkt, wobei sich der Rückgang in saisonbereinigter Betrachtung im zweiten Quartal etwas abschwächte. Die Fahrzeuginvestitionen waren durch die Erhöhung der Normverbrauchsabgabe und der motorbezogenen Versicherungssteuer zum 1. März geprägt. So folgte einem durch Vorziehkäufe verursachten starken Anstieg im ersten Quartal ein entsprechender Einbruch im zweiten Jahresviertel.

Im Prognosezeitraum werden sich die Ausrüstungsinvestitionen nur allmählich erholen. Die hohe Unsicherheit und die geringe internationale Konjunkturdynamik führen zunächst zu einer Fortsetzung der Investitionszurückhaltung. Die von der Industriellenvereinigung durchgeführten Branchenbefragungen signalisieren eine Verschlechterung der Auftragslage. Dies hat zwar noch nicht zu einer Verringerung der Produktionserwartungen geführt, aber falls die Aufträge über einen längeren Zeitraum nicht in Schwung kommen, wird sich dies in der Produktionstätigkeit und den Investitionen niederschlagen. Auch die weiterhin unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung lässt für die nähere Zukunft keine durchgreifende Belebung der Investitionen erwarten. Erst mit der erwarteten internationalen Konjunkturbelebung dürften die Unternehmen neben Erneuerungs- auch Erweiterungsinvestitionen vornehmen. Auch der Investitionsstau, der sich aufgrund der bereits seit einiger Zeit anhaltenden Investitionszurückhaltung gebildet hat, spricht für eine Belebung der Sachkapitalbildung im Verlauf des Prognosezeitraums, denn der technische Fortschritt erfordert eine laufende Modernisierung des Maschinenparks. Gestützt wird die Investitionstätigkeit von der Finanzierungsseite. Die langfristigen Zinsen dürften noch längere Zeit sehr niedrig bleiben. Auch die Finanzierung über Anleihen dürfte den Unternehmen mit einer Normalisierung der Kapitalmarktbedingungen zunehmend leichter fallen. Etwas eingeschränkt wird die günstige Finanzierungssituation durch eine Verschärfung der Kreditrichtlinien. Die im Rahmen der regelmäßigen Umfrage zum Kreditgeschäft im Euroraum (*Bank Lending Survey*) befragten Geschäftsbanken in Österreich gaben an, dass sich im zweiten Quartal die Kreditrichtlinien, vor allem für Großunternehmen, leicht verschärft haben. Dies wurde auch für das dritte Quartal erwartet.

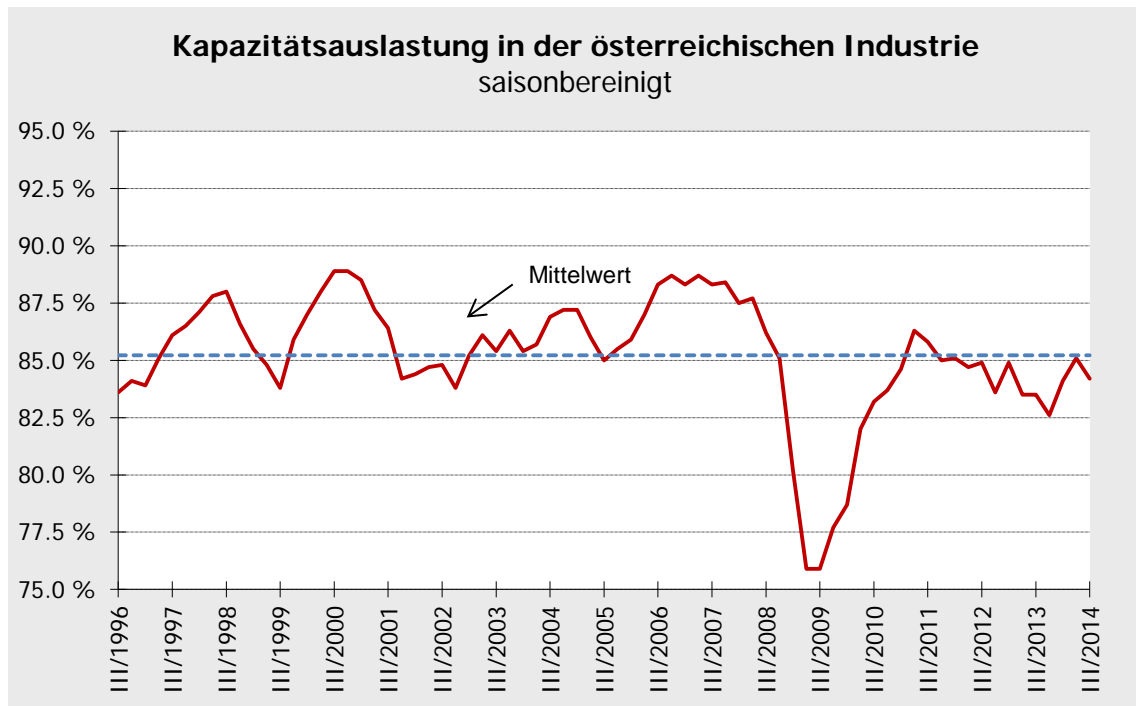
Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklung der Einflussfaktoren erwartet das Institut gegenwärtig, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2014 um 0.5 % und 2015 um 3.8 % ausgeweitet werden.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Angesichts der schwachen internationalen Konjunktur und der stabilen bzw. teils rückläufigen Rohstoffpreise steigen die Preise für Investitionsgüter derzeit kaum. Vor diesem Hintergrund ist der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen in Österreich im ersten Halbjahr 2014 nur um 0.3 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegen. Der hohe Wettbewerbsdruck auf den Märkten für Investitionsgüter sorgt dafür, dass auch im Zuge der erwarteten Konjunkturerholung die Investitionsgüterpreise nur moderat anziehen werden. Das Institut erwartet somit, dass der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2014 um 0.5 % und im kommenden Jahr um 1.1 % steigen wird.

Im Gegensatz zu den Ausrüstungsinvestitionen haben sich die **realen Bauinvestitionen** im ersten Halbjahr robust entwickelt. Sowohl im Wohnbau als auch im Nichtwohnbau übertrafen die Investitionen den Stand aus dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um rund 3 %. Im Nichtwohnbau stieg die Produktion vor allem im Straßen-, Brücken- und Tunnelbau kräftig. Im Prognosezeitraum werden die Bauinvestitionen wohl weiterhin moderat aufwärts gerichtet bleiben. Der Wohnbau profitiert von den anhaltend niedrigen Zinsen, steigenden Immobilienpreisen, der zunehmenden Wohnbevölkerung, dem anhaltenden Trend zu kleineren Familiengrößen und erhöhten Anforderungen an die Energieeffizienz von Wohngebäuden. Die Baubewilligungen deuten aber auf eine nachlassende Dynamik im Wohnbau hin. Die Bautätigkeit der Unternehmen dürfte sich im Einklang mit der erwarteten Erholung der Ausrüstungsinvestitionen beleben. Der öffentliche Bau dürfte sich hingegen vor dem Hintergrund der angespannten Budgetlage vieler Gebietskörperschaften schwächer als die anderen Sparten entwickeln.

Trotz der intakten Fundamentalfaktoren wird sich die Dynamik der Bautätigkeit in den kommenden Monaten wohl abschwächen. Darauf deuten die steigenden Arbeitslosenzahlen im Baubereich hin. Alles in allem rechnet das Institut damit, dass die Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 1.3 % und im kommenden Jahr um 1.8 % ausgeweitet werden.

Im ersten Halbjahr stiegen die Baupreise weiterhin kräftig. Der Deflator der Bauinvestitionen übertraf sein Vorjahresniveau um 1.9 %. In den Bausparten entwickelten sich die Kosten uneinheitlich. Während sie im Hochbau um 2.5 % zulegten, stagnierten sie im Tiefbau. Im Hochbau trugen hauptsächlich die Bauleistungen der Professionisten, wie Gas-, Wasser- oder Elektroinstallationen, zu den Preisanstiegen bei. Hingegen kam es im Tiefbau zu heterogenen Preisentwicklungen. Im Prognosezeitraum dürfte sich der Preisauftrieb im Baubereich etwas abschwächen. Vor dem Hintergrund der Konjunkturdelle dürften sowohl von den Lohnkosten als auch von den Preisen für die wichtigsten Baumaterialien keine nennenswerten Kostenschübe ausgehen. Das Institut erwartet, dass der Preisindex der Bauinvestitionen im heurigen Jahr um 1.7 % und im kommenden Jahr um 1.8 % ansteigt.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen folgt, dass die **Bruttoanlageinvestitionen** im laufenden Jahr um 0.9 % und im kommenden Jahr um 2.7 % steigen. Wegen der Konjunkturschwäche gingen von den Lagerbestandsveränderungen in den Jahren 2012 und 2013 negative Wachstumsbeiträge aus. Auch im ersten Halbjahr 2014 wurden die Lagerstände reduziert, aber etwas weniger stark als im ersten Halbjahr 2013. Im Ergebnis stiegen die gesamten **Bruttoinvestitionen** (einschließlich Lagerbestandsveränderungen) ebenso wie die Bruttoanlageinvestitionen um 1.8 %. Im Zuge der Konjunkturerholung werden die Unternehmen die Lagerbestände im Prognosezeitraum wohl wieder aufstocken, sodass die Vorratsveränderungen positiv zum Wirtschaftswachstum beitragen werden. Alles in allem dürften die realen Bruttoinvestitionen im laufenden Jahr um 1.4 % und im kommenden Jahr um 3.3 %, also stärker als die Anlageinvestitionen zunehmen.

Die im Doppelbudget beschlossenen Konsolidierungsbemühungen, die durchgeführten und eventuell noch notwendigen Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen sowie die schwache konjunkturelle Entwicklung prägen die Lage der **öffentlichen Haushalte** im Prognosezeitraum. Die Prognose erfolgt auf Basis der aktuellen Informationen und berücksichtigt noch keine der vielfältigen diskutierten Steuerreformpläne.

Das Institut erwartet für 2014 und 2015 Maastrichtdefizitquoten von 2.8 % und 1.6 %. Entsprechend dem Strategiebericht für 2014 und 2015 wurden defizitwirksame Aufwendungen für die geplante Abbaugesellschaft für die Hypo Alpe Adria AG im Ausmaß von 4 Mrd. Euro angenommen. Im Jahr 2015 wurden entsprechende Aufwendungen in der Höhe von 300 Mio. Euro in der Prognose berücksichtigt. Aufgrund ihrer Eigenschaft als Einmalmaßnahmen haben diese Transfers keinen Einfluss auf den strukturellen Saldo, sind jedoch dem Budgetsaldo nach Maastricht zuzurechnen. Die rechtliche Unsicherheit bei der Behandlung der nachrangigen Forderungen der Hypo Alpe Adria und die noch ausstehenden Ergebnisse des Banken-Stresstests sorgen jedoch nach wie vor für Prognoseunsicherheit bezüglich der tatsächlichen Kosten der Finanzmarktstabilisierungsmaßnahmen. Unabhängig von diesen Einmalmaßnahmen sieht das Institut Unsicherheiten bei der Wirkung der geplanten Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters und in den Bereichen Gesundheit und Pflege. Weitere Konsolidierungsanstrengungen der Regierung in diesen Bereichen sollten auch die subnationalen Gebietskörperschaften im Zuge der für 2016 geplanten Neuverhandlung des Finanzausgleiches miteinbeziehen.

Das Institut erwartet aufgrund des Aufschubs der Steuerreform und der damit verbundenen Wirkung der Kalten Progression ein weiterhin robustes Wachstum der lohnabhängigen Abgaben. Im

Vergleich zu 2013 wird ein moderates Wachstum der Produktionsabgaben erwartet, welches durch die Erhöhung diverser Verbrauchsteuern (z.B. Schaumweinsteuer, Tabaksteuer und NoVa) erklärt wird und 2015 durch eine langsame Erholung des privaten Konsums unterstützt wird. Die schwächere Konjunktur kann jedoch zu einem langsameren Wachstum der Steuereinnahmen, insbesondere bei der Umsatzsteuer, führen, was das prognostizierte Defizit im Jahr 2015 gefährden kann. Das weiterhin niedrige Zinsniveau unterstützt die Konsolidierung aufgrund der günstigen Finanzierungskosten, während die Erträge aus der Kapitalertragsteuer stagnieren. Der reale öffentliche Konsum wird aufgrund der beschlossenen Einsparungsmaßnahmen in den Jahren 2014 und 2015 nur um 0.8 % bzw. 0.5 % wachsen und daher nur einen schwachen Beitrag für das Realwachstum der österreichischen Volkswirtschaft liefern.

Laut den vorliegenden Quartalsdaten der VGR sind die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** im ersten Halbjahr 2014 um 2.3 % gewachsen, was gegenüber der Vorjahresperiode einer leichten Beschleunigung der Lohnzuwachsrate von 0.2 Prozentpunkten entspricht. Der Anstieg der Tariflöhne von 2.4 % im ersten Halbjahr verändert sich nahezu parallel zu der Entwicklung der Effektivlöhne. Die Differenz dieser beiden Werte, die sogenannte Lohndrift, ist somit seit gut zwei Jahren wieder annähernd ausgeglichen, was normalerweise auf eine konjunkturelle Besserung hindeutet. Für den Jahresdurchschnitt 2014 wird ein Lohnwachstum von 2.2 % erwartet. Während die Reallöhne in den Jahren 2012 und 2013 noch stagnierten, ist aufgrund des rückläufigen Inflationsdrucks im laufenden Jahr ein positiver Reallohnzuwachs von 0.4 % zu erwarten.

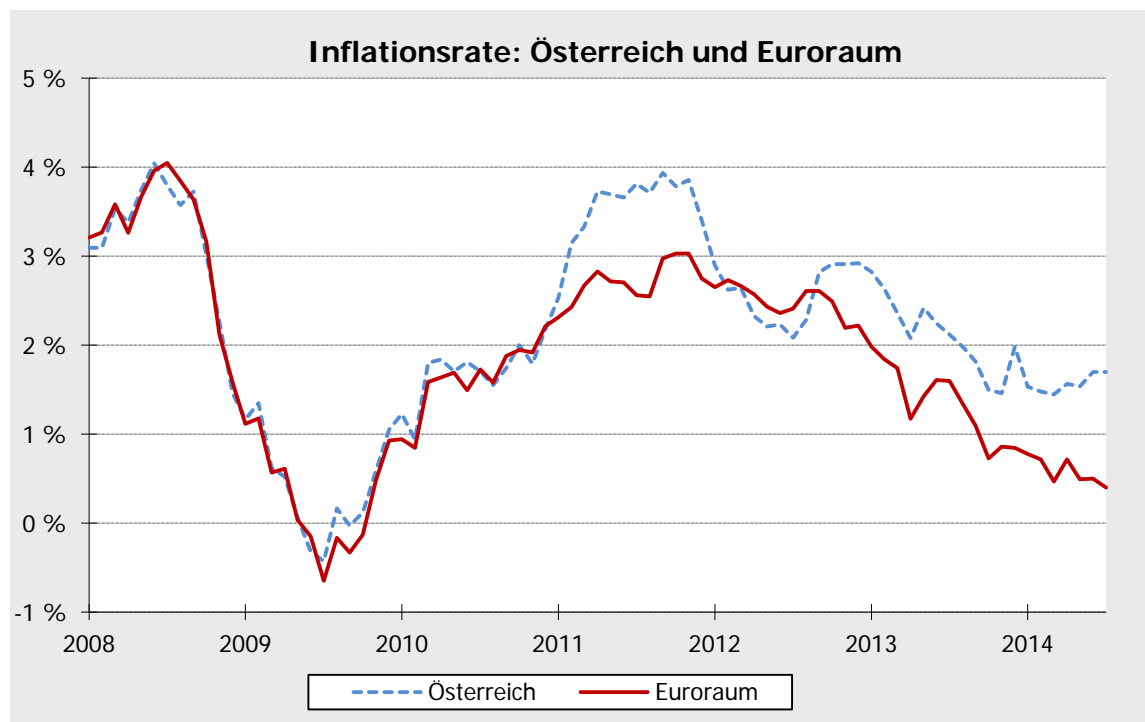
Im kommenden Jahr wird sich der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte mit 2.3 % ähnlich wie im laufenden Jahr verhalten. Aufgrund moderater Lohnabschlüsse und eines niedrigen Preisdrucks werden auch im nächsten Jahr die Reallöhne leicht anziehen (0.3 %). Dieser Anstieg wird jedoch hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität von 0.6 % zurückbleiben.

Österreich weist im Vergleich zu den anderen Ländern des Euroraums bereits seit März die höchste harmonisierte **Inflationsrate** aus, mit einem Wert von 1.7 % im Juli. Einen halben Prozentpunkt dahinter folgen Luxemburg mit 1.2 % und Finnland mit 1.0 %. Die niedrigsten Inflationsraten hingegen weisen Griechenland mit -0.8 %, Portugal mit -0.7 % und Spanien mit -0.4 % auf. Das Inflationsdifferenzial zwischen Österreich und dem Euroraum geht einerseits auf notwendige Preisanpassungsprozesse in den Peripherieländern zurück, reflektiert aber auch stärker steigende Preise insbesondere im Dienstleistungsbereich hierzulande, die in erster Linie auf höhere Steigerungen der Wohnungsmieten zurückzuführen sind. Auch die Nahrungsmittelpreise sind in Österreich wieder etwas stärker gestiegen als im Euroraum. Die Heterogenität der Inflationsraten im Euroraum hat seit Ende letzten Jahres allerdings deutlich abgenommen. So betrug der Unterschied zwischen der höchsten und der niedrigsten Inflationsrate im November 2013 noch 5 Prozentpunkte. Im Juli 2014 halbierte sich die Streuung, was als positiv für eine Währungsunion zu bewerten ist, da sich die zugrunde liegenden Prozesse nun eher im Gleichklang bewegen.

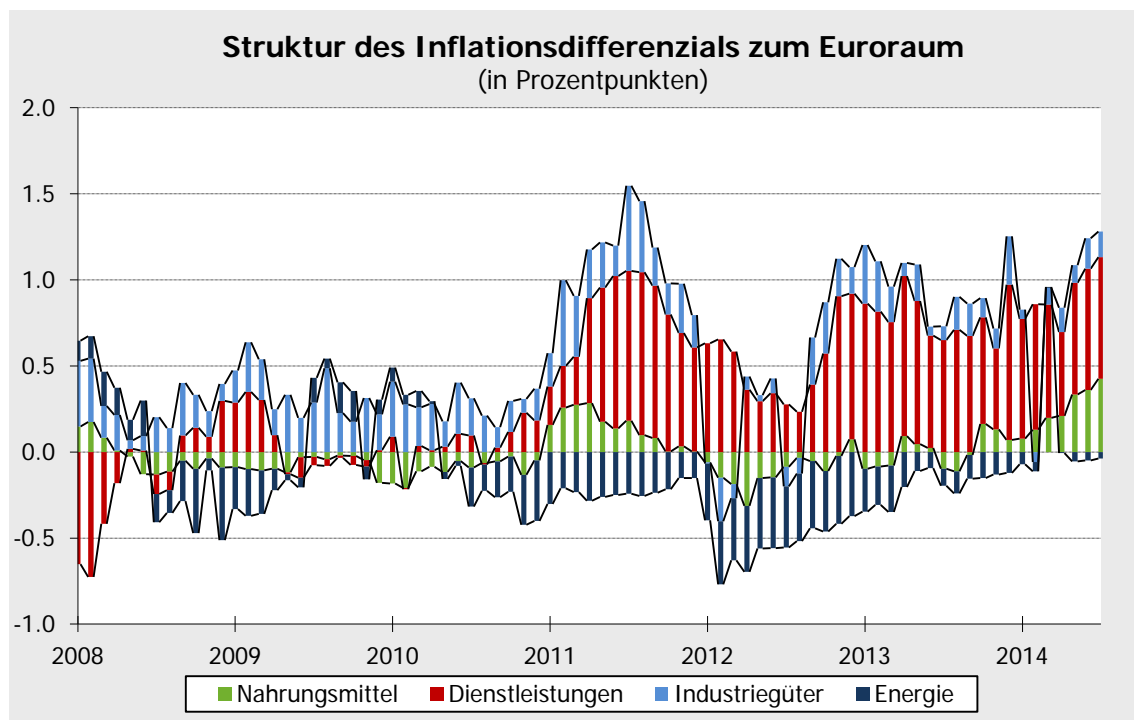
Absolut gesehen, befindet sich die Inflation aufgrund rückläufiger Energiepreise auf einem sehr niedrigen Niveau. Eine zögernde weltweite Nachfrage nach Rohöl und Förderrekorde in den USA aufgrund der Fracking Technologie erklären den Preisrückgang. So betrug die Inflationsrate in Österreich gemäß der nationalen Definition zu Beginn des letzten Jahres noch 2.7 %, um sich dann bei einem Wert um 1.6 % Anfang dieses Jahres zu stabilisieren. Momentan liegt die Inflationsrate bei 1.8 %. Die niedrige Inflation und die damit einhergehende Deflationsgefahr veranlasste die EZB,

neben anderen Maßnahmen mit einer erneuten Senkung des Leitzinses auf 0.05 % zu überraschen. Mit der damit einhergehenden Schwächung des Euro gegenüber dem Dollar könnten sich einerseits die Energieimporte verteuern und andererseits europäische Produkte verbilligen. Alles in allem wird weiterhin von einer Inflationsrate von 1.8 % im Jahresdurchschnitt 2014 ausgegangen.

Im Jahr 2015 dürfte sich die Konjunkturlage zwar verbessern, jedoch sollte von dieser Seite kaum Preisdruck ausgehen. Auch dürften die internationalen Rohstoff- und Energiepreise nur moderat steigen. Der Anstieg der Lohnstückkosten dürfte sich abschwächen. Das Institut geht daher von einer Inflationsrate von 2.0 % aus.



Quelle: Statistik Austria



Quelle: Eurostat

Die schwache Konjunktur drückt merklich auf die Arbeitsmarktlage. In den letzten Monaten verlief die Beschäftigungsdynamik sehr verhalten, hingegen legte das Arbeitskräfteangebot, insbesondere von Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft, weiterhin zu. Für den Jahresdurchschnitt 2014 erwartet das Institut somit eine Arbeitslosenquote (nationale Definition) von 8.3 %. Im nächsten Jahr sollte die Arbeitslosigkeit auf diesem Niveau verharren.

In den letzten Monaten hat sich die Beschäftigungsnachfrage verlangsamt. Im August stieg die **Aktiv-Beschäftigung** im Vorjahresvergleich nur noch um 13,300 Personen, bzw. 0.4 % an. Gut $\frac{3}{4}$ des Beschäftigungszuwachses entfiel dabei auf Frauen. In sektoraler Betrachtung verzeichnete der Dienstleistungssektor (20,000) Beschäftigungsgewinne. Im Bausektor gingen hingegen 6,700 Arbeitsplätze im Vorjahresvergleich verloren. Die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion (inklusive primärer Sektor) blieb unverändert. Arbeitsplatzgewinne verzeichnete dabei die Branchen Maschinen- und Fahrzeugbau (1,800) sowie Metall (800), hingegen bauten die Branchen Herstellung von Glaswaren/Möbel/sonstige Waren (-2,200) und Holz/Papier (-1,600) merklich Arbeitsplätze ab. Im Dienstleistungssektor expandierte die Beschäftigung in den Bereichen wirtschaftsnahe Dienstleistungen (6,200), Gesundheits- und Sozialwesen (5.900) sowie Erziehung und Unterricht (2,900) kräftig. In den Bereichen Finanzdienstleistungen (-2,000), Grundstücke und Wohnungswesen (-1,200) sowie persönliche Dienstleistungen (-800) war hingegen die Beschäftigung rückläufig.

Das Institut geht davon aus, dass die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsdynamik im weiteren Jahresverlauf verhalten bleibt. Die Entwicklung der offenen Stellen unterstützt diese Einschätzung. Das Institut erwartet somit für den Jahresdurchschnitt 2014 einen Beschäftigungsanstieg um 0.6 %. Im nächsten Jahr sollte die Belebung der Konjunktur dazu führen, dass die Beschäftigungsnachfrage wieder etwas anzieht, sodass eine Beschäftigungsausweitung im Ausmaß von 1.0 % erwartet wird.

Arbeitsmarktentwicklung 2014

	Jänner bis August (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	20,667	0.6 %
Männer	10,426	0.6 %
Frauen	10,241	0.6 %
Aktiv-Beschäftigte *	24,152	0.7 %
Primärer Sektor	1,063	1.6 %
Sachgüterproduktion	-524	-0.1 %
Bau	-45	-0.0 %
Dienstleistungssektor	23,649	0.9 %
Arbeitslose	32,839	11.7 %
Männer	17,976	11.1 %
Frauen	14,863	12.6 %
SchulungsteilnehmerInnen	3,740	5.2 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

* ohne KindergeldbezieherInnen und Präsenzdieners mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Die schwache Konjunktur schlägt sich weiter in steigenden Arbeitslosenzahlen nieder. So lag im August die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** um 29,200 Personen bzw. 11.1 % über dem Vorjahresniveau. Damit hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu Mai/Juni dieses Jahres (16 %) nur geringfügig abgeschwächt. Saisonbereinigt stagniert die Arbeitslosigkeit seit Juni im Vormonatsvergleich. Gegenwärtig steigt die Arbeitslosigkeit bei Männern etwas schneller als bei Frauen. In sektoraler Hinsicht erhöhte sich die Arbeitslosenzahl am Bau überdurchschnittlich (2,700 Personen bzw. 16 %). In der Sachgüterproduktion fiel der Zuwachs hingegen deutlich geringer aus (1,700 bzw. 7 %), allerdings legte die Arbeitslosigkeit im Bereich der Arbeitskräfteüberlasser markant zu (3,700 bzw. 13 %).

In den kommenden Monaten wird sich die Arbeitsmarktlage kaum verbessern. Aufgrund des weiterhin hohen Zuzugs von Arbeitskräften mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft sowie der gesteigerten Erwerbsbeteiligung der Älteren bleibt das Arbeitskräfteangebot dynamisch. Vor dem Hintergrund der äußerst verhaltenen Beschäftigungsnachfrage erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2014 nunmehr einen Anstieg der Arbeitslosenzahl um rund 30,000 Personen auf 318,000. In Einklang mit der Konjunkturbelebung im nächsten Jahr sollte sich der Arbeitslosenbestand im nächsten Jahr nur noch um 4,000 Personen erhöhen.

Ausgehend von 7.6 % im Vorjahr klettert die Arbeitslosenquote (gemäß nationaler Definition) im Jahresdurchschnitt 2014 laut Prognose auf 8.3 %. 2015 könnte die Quote auf diesem Niveau verharren. Für die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Berechnungsmethode wird in beiden Jahren ein Wert von 5.0 % erwartet.

Die schwache Konjunktur in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass die Arbeitslosenquote (nationale Definition) gegenwärtig um einen Prozentpunkt über dem Krisenwert von 2009 (7.2 %) liegt.

Dieses historisch hohe Niveau der Arbeitslosenquote weist auf strukturellen Anpassungsbedarf am österreichischen Arbeitsmarkt hin. Kritisch ist die steigende Langzeitarbeitslosigkeit zu bewerten. Der Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Mitteln (etwa für Um- und Weiterbildung) zur Verhinderung von Hysteresis-Effekten ist daher adäquat. Eine steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit könnte die Arbeitskräftenachfrage kräftigen und die Erwerbsbeteiligung bei den Geringqualifizierten heben. Prinzipiell positiv ist die steigende Erwerbsbeteiligung, etwa bei den Älteren, zu sehen. Die Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters ist notwendig und kann auch Anreize für verstärkte Humankapitalinvestitionen setzen. Allerdings steigt zumindest kurzfristig die Arbeitslosenquote dieser Gruppe. Die Altersarbeitslosigkeit sollte auch mit präventiven Maßnahmen bekämpft werden (lebenslanges Lernen, betriebliche Gesundheitsförderung). Weiterhin weisen wenig qualifizierte Personen schlechte Arbeitsmarktchancen auf. Neben Qualifizierungsmaßnahmen sind Reformen im Bildungssystem notwendig. Für Schüler mit gravierenden Defiziten bei den Basiskompetenzen sind beträchtliche Schwierigkeiten beim Übergang in den Arbeitsmarkt zu erwarten. Besonders empfehlenswert sind präventive Interventionen (etwa durch die Frühförderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten), die bereits frühzeitig dem Entstehen von zukünftigen Arbeitsmarktproblemen entgegenwirken.

5. Monetäre Prognose

Im ablaufenden Quartal senkte die EZB den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte relativ überraschend um weitere 10 Basispunkte auf 0.05 %. Damit liegen die Leitzinsen im Euroraum auf einem historisch niedrigen Niveau. In anderen wichtigen Wirtschaftsräumen blieben die Leitzinsen im laufenden Quartal unverändert. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, lag zuletzt weiterhin deutlich unter der Zielmarke der EZB von knapp 2 %, seit letztem Oktober liegt sie sogar unter der 1-Prozent-Marke. Im Juni und Juli betrug sie jeweils 0.5 %, im August 0.4 %. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut keine Zinsschritte der EZB.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2011	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2012	0.75	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
Ende 2013	0.25	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1
15.9.2014	0.05	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1

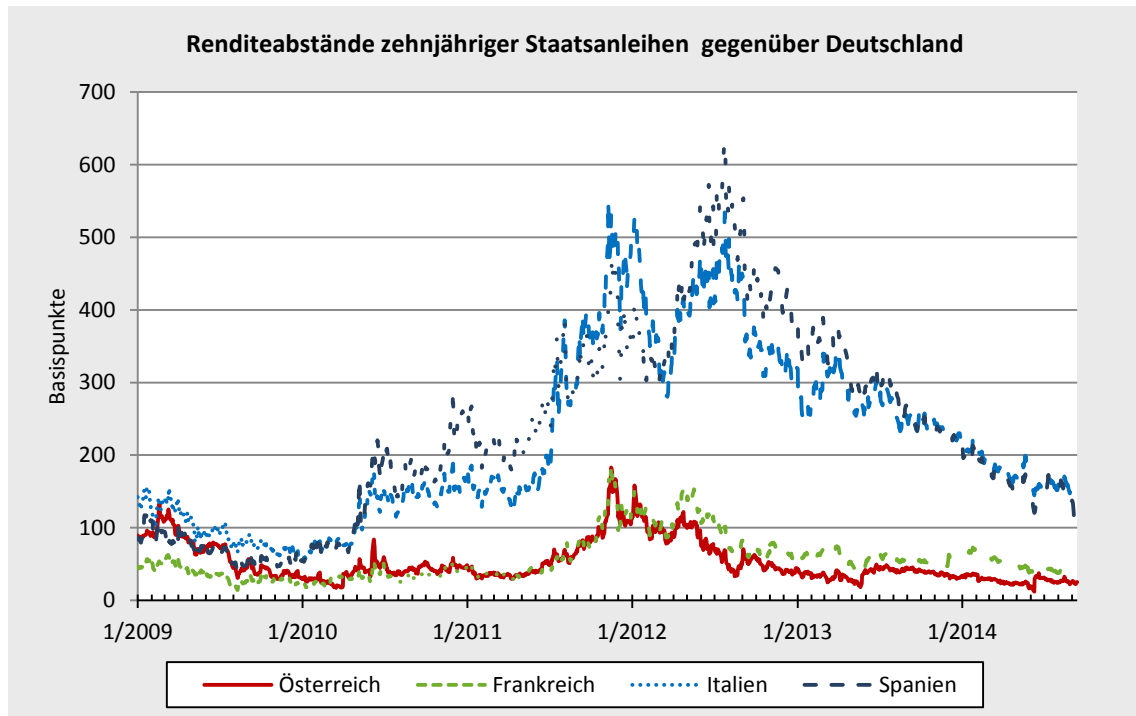
Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Gemeinsam mit der Senkung des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurden auch der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und jener für die Einlagefazilität gesenkt. Letzterer ist nun mit einem Wert von -0.20 % noch stärker in den negativen Bereich gesunken. Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie Geld (neben der Mindestreserve) bei der EZB anlegen. Darüber hinaus hat die EZB zwei neue Ankaufprogramme für Wertpapiere beschlossen. Zum einen soll ein drittes Kaufprogramm für gedeckte Schuldverschreibungen (Pfandbriefe) eingeführt werden, zum anderen wird die EZB einfache und transparente vermögensbesicherte Wertpapiere (Kreditverbriefungen) erwerben, wobei es sich bei den zugrundeliegenden Forderungen um solche an den privaten, nichtfinanziellen Sektor handelt. Für Österreich bleibt die Geldpolitik weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet.

Die Konsolidierung der Staatshaushalte in den Euroraum-Ländern hat sich spürbar gefestigt, wodurch das Vertrauen der Märkte in die Erfüllung der Verbindlichkeiten dieser Länder gestiegen ist und die Renditeabstände zu Deutschland gesunken sind. Die Heterogenität bleibt jedoch bestehen, wie auch die untenstehende Grafik zeigt. Zu sehen sind Renditeabstände im Vergleich zu Deutschland von Staatsanleihen mit einer 10-jährigen Restlaufzeit für Österreich, Frankreich, Italien und Spanien. Die entsprechenden Spreads betrugen im ablaufenden Quartal durchschnittlich zwischen rund 30 und 160 Basispunkten. Deutsche Bundesanleihen gelten nach wie vor als die sichersten und liquidesten, was den Druck auf die Renditen deutscher Papiere groß hält.

In Österreich und in Deutschland rentierten Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren im ablaufenden Quartal zu durchschnittlich 1.3 % bzw. 1.1 %. Dies bedeutet in beiden Fällen einen Rückgang im Vergleich zum Vorquartal (um jeweils rund 40 Basispunkte) und einen noch deutlicheren Rückgang im Vergleich zum Vorjahresquartal (um rund 90 bzw. 70 Basispunkte). Die Renditen sind damit weiter gesunken und liegen derzeit auf historisch niedrigen Niveaus, was primär durch die Unsicherheit, die damit verbundene Risikoaversion der Anleger und die daraus resultierende Konzentration auf sichere Anlagen erklärt werden kann. Das Institut rechnet damit, dass das

Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur sehr geringfügig ansteigt. Für 2014 und 2015 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 1.6 % bzw. 1.8 % prognostiziert.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

Die Interbankzinsen im Euroraum sind im ablaufenden Quartal im Durchschnitt leicht gesunken. Der 3-Monats-Euribor wurde zu durchschnittlich 0.2 % quotiert. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut weitgehend konstante Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2014 und 2015 beträgt 0.2 % bzw. 0.1 %.

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem US-Dollar im dritten Quartal des laufenden Jahres etwas an Wert verloren. Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs 1.33 USD/EUR, was eine Abwertung von 3.3 % gegenüber dem Vorquartal bzw. einen Gleichstand gegenüber dem Vorjahresquartal bedeutet. Für 2014 und 2015 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.34 bzw. 1.27 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2014 und 2015 fällt wie folgt aus. Die Sichteinlagen sollten um 3.1 % bzw. 6.8 % steigen. Die Termineinlagen dürften um 14.4 % bzw. 6.5 % expandieren. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut zunächst einen Rückgang um 2.0 % und anschließend ein Wachstum um 0.4 %. Das Kreditvolumen sollte 2014 leicht zurückgehen (-0.3 %) und 2015 um 0.1 % ausgeweitet werden.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	267.452 1.4%	257.231 -3.8%	261.781 1.8%	269.201 2.8%	271.545 0.9%	272.279 0.3%	274.391 0.8%	278.782 1.6%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	282.744 3.2%	276.228 -2.3%	285.165 3.2%	299.240 4.9%	307.004 2.6%	313.263 2.0%	320.020 2.2%	329.458 2.9%
DEFLATOR DES BIP (2005=100)	105.718 1.7%	107.385 1.6%	108.933 1.4%	111.159 2.0%	113.058 1.7%	115.052 1.8%	116.629 1.4%	118.178 1.3%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2010=100)	97.7 3.2%	98.2 0.5%	100.0 1.9%	103.3 3.3%	105.8 2.4%	107.9 2.0%	109.8 1.8%	112.0 2.0%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.178 2.8%	43.189 2.4%	43.749 1.3%	44.580 1.9%	45.766 2.7%	46.758 2.2%	47.787 2.2%	48.886 2.3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3283.003 2.4%	3234.487 -1.5%	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3413.073 0.6%	3447.204 1.0%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5.894 -0.393	7.232 1.338	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.322 0.704	8.341 0.019

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
PRIVATER KONSUM	139.527 0.7%	140.827 0.9%	143.619 2.0%	144.812 0.8%	145.595 0.5%	145.372 -0.2%	146.140 0.5%	147.348 0.8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	49.193 4.1%	49.536 0.7%	49.619 0.2%	49.751 0.3%	49.835 0.2%	51.079 2.5%	51.462 0.8%	51.719 0.5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	56.337 0.7%	51.961 -7.8%	51.242 -1.4%	55.616 8.5%	56.511 1.6%	56.086 -0.8%	56.593 0.9%	58.099 2.7%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	2.952 1.1	0.805 0.3	2.080 0.8	4.525 1.7	3.177 1.2	0.200 0.1	0.500 0.2	0.900 0.3
INLANDSNACHFRAGE	248.139 0.6%	243.248 -2.0%	246.377 1.3%	254.233 3.2%	254.227 0.0%	251.668 -1.0%	253.602 0.8%	256.930 1.3%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	19.308 7.2	13.551 5.3	15.137 5.8	14.830 5.5	17.163 6.3	20.610 7.6	20.789 7.6	21.853 7.8
BIP ZU MARKTPREISEN	267.452 1.4%	257.231 -3.8%	261.781 1.8%	269.201 2.8%	271.545 0.9%	272.279 0.3%	274.391 0.8%	278.782 1.6%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
PRIVATER KONSUM	0.360	0.486	1.086	0.455	0.291	-0.082	0.282	0.440
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.737	0.128	0.032	0.050	0.031	0.458	0.141	0.094
BRUTTOINVESTITIONEN	-0.415	-2.480	0.181	2.469	-0.265	-1.264	0.286	0.676
ANLAGEINVESTITIONEN	0.144	-1.636	-0.279	1.671	0.332	-0.157	0.186	0.549
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0.564	-0.802	0.495	0.934	-0.501	-1.096	0.110	0.146
EXPORTE I.W.S.	0.839	-9.164	4.822	3.672	0.703	1.533	1.816	2.947
WAREN	0.125	-7.777	4.393	3.237	0.187	1.139	1.602	2.310
Dienstleistungen	0.722	-1.384	0.434	0.434	0.508	0.395	0.232	0.651
IMPORTE I.W.S.	-0.001	7.012	-4.206	-3.789	0.164	-0.264	-1.750	-2.559
WAREN	0.032	6.005	-3.628	-3.439	0.607	-0.147	-1.405	-2.120
Dienstleistungen	-0.032	1.005	-0.591	-0.363	-0.439	-0.115	-0.345	-0.445
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1.436	-3.822	1.769	2.834	0.871	0.270	0.776	1.600

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
HAUSHALTSSPARQUOTE <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	11.5 -0.1	11.2 -0.3	8.9 -2.3	6.7 -2.1	7.4 0.6	6.6 -0.8	6.5 0.0	6.5 0.0
INVESTITIONSQUOTE <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	21.6 0.2	20.7 -0.9	20.2 -0.5	21.2 1.1	21.4 0.2	21.2 -0.3	21.1 0.0	21.4 0.3
REALZINSSATZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	2.52 0.23	2.34 -0.17	1.72 -0.62	1.24 -0.48	0.58 -0.66	0.23 -0.35	0.19 -0.04	0.45 0.26
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	107.28 3.2%	107.71 0.4%	109.53 1.7%	113.42 3.6%	116.34 2.6%	118.80 2.1%	120.82 1.7%	123.24 2.0%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	39.395 0.6%	40.220 2.1%	40.027 -0.5%	39.354 -1.7%	39.377 0.1%	39.375 0.0%	39.529 0.4%	39.646 0.3%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	8.147 -0.9%	7.953 -2.4%	8.030 1.0%	8.100 0.9%	8.057 -0.5%	8.028 -0.4%	8.039 0.1%	8.087 0.6%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	106.231 3.8%	111.428 4.9%	111.786 0.3%	112.921 1.0%	116.556 3.2%	119.509 2.5%	121.961 2.1%	124.029 1.7%
ARBEITSLÖSENQUOTE EU DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	3.8 -0.6	4.8 1.0	4.4 -0.4	4.2 -0.2	4.3 0.1	4.9 0.6	5.0 0.1	5.0 0.0
BUDGETSALDO MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.9 -0.1	-4.1 -3.2	-4.5 -0.4	-2.5 2.1	-2.6 -0.1	-1.5 1.0	-2.8 -1.3	-1.6 1.2

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	145.384 2.9%	147.153 1.2%	152.827 3.9%	159.607 4.4%	164.436 3.0%	167.672 2.0%	171.543 2.3%	176.374 2.8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	3.865 3.7%	4.039 4.5%	4.083 1.1%	4.272 4.6%	4.584 7.3%	4.790 4.5%	4.954 3.4%	5.154 4.0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	52.758 6.8%	54.577 3.4%	55.534 1.8%	56.774 2.2%	58.362 2.8%	60.407 3.5%	61.620 2.0%	62.703 1.8%
BRUTTOINVESTITIONEN	64.458 1.7%	58.098 -9.9%	60.031 3.3%	68.866 14.7%	69.620 1.1%	66.111 -5.0%	67.263 1.7%	69.792 3.8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	27.663 1.9%	25.341 -8.4%	26.116 3.1%	30.526 16.9%	31.122 2.0%	30.468 -2.1%	30.774 1.0%	32.279 4.9%
BAUINVESTITIONEN	33.481 5.9%	31.827 -4.9%	31.383 -1.4%	32.964 5.0%	34.706 5.3%	35.788 3.1%	36.851 3.0%	38.171 3.6%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.004 -0.559	0.000 -0.004	0.228 0.227	0.771 0.543	0.127 -0.644	-0.373 -0.499	-0.374 -0.001	-0.373 0.000
INLANDSNACHFRAGE	266.469 3.2%	263.868 -1.0%	272.702 3.3%	290.289 6.4%	297.128 2.4%	298.607 0.5%	305.007 2.1%	313.650 2.8%
EXPORTE I.W.S.	167.575 3.8%	138.254 -17.5%	155.093 12.2%	171.468 10.6%	175.594 2.4%	179.616 2.3%	186.333 3.7%	198.048 6.3%
IMPORTE I.W.S.	151.299 3.8%	125.894 -16.8%	142.630 13.3%	162.516 13.9%	165.718 2.0%	164.961 -0.5%	171.320 3.9%	182.239 6.4%
BIP ZU MARKTPREISEN	282.744 3.2%	276.228 -2.3%	285.165 3.2%	299.240 4.9%	307.004 2.6%	313.263 2.0%	320.020 2.2%	329.458 2.9%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	135.792 0.7%	137.040 0.9%	139.827 2.0%	140.897 0.8%	141.481 0.4%	141.196 -0.2%	141.902 0.5%	143.037 0.8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	3.739 1.4%	3.791 1.4%	3.796 0.1%	3.920 3.3%	4.127 5.3%	4.193 1.6%	4.256 1.5%	4.330 1.8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	49.193 4.1%	49.536 0.7%	49.619 0.2%	49.751 0.3%	49.835 0.2%	51.079 2.5%	51.462 0.8%	51.719 0.5%
BRUTTOINVESTITIONEN	59.295 -1.8%	52.662 -11.2%	53.128 0.9%	59.592 12.2%	58.879 -1.2%	55.446 -5.8%	56.224 1.4%	58.079 3.3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	26.579 0.5%	24.299 -8.6%	24.729 1.8%	28.640 15.8%	28.815 0.6%	27.984 -2.9%	28.123 0.5%	29.178 3.8%
BAUINVESTITIONEN	29.764 0.9%	27.651 -7.1%	26.575 -3.9%	27.233 2.5%	27.923 2.5%	28.247 1.2%	28.600 1.3%	29.100 1.8%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.125 -0.219	0.651 0.526	0.275 -0.376	0.211 -0.064	0.060 -0.151	-0.245 -0.304	-0.240 0.004	-0.235 0.005
INLANDSNACHFRAGE	248.139 0.6%	243.248 -2.0%	246.377 1.3%	254.233 3.2%	254.227 0.0%	251.668 -1.0%	253.602 0.8%	256.930 1.3%
EXPORTE I.W.S.	157.061 1.4%	132.550 -15.6%	144.954 9.4%	154.567 6.6%	156.459 1.2%	160.623 2.7%	165.566 3.1%	173.652 4.9%
IMPORTE I.W.S.	137.753 0.0%	119.000 -13.6%	129.818 9.1%	139.737 7.6%	139.296 -0.3%	140.012 0.5%	144.777 3.4%	151.799 4.8%
BIP ZU MARKTPREISEN	267.452 1.4%	257.231 -3.8%	261.781 1.8%	269.201 2.8%	271.545 0.9%	272.279 0.3%	274.391 0.8%	278.782 1.6%

TAB. 4: PREISINDIZES (2005 = 100)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	107.064 2.3%	107.380 0.3%	109.297 1.8%	113.279 3.6%	116.225 2.6%	118.751 2.2%	120.889 1.8%	123.307 2.0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	107.246 2.6%	110.177 2.7%	111.922 1.6%	114.117 2.0%	117.110 2.6%	118.262 1.0%	119.740 1.3%	121.237 1.3%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	108.534 3.3%	110.022 1.4%	112.209 2.0%	114.156 1.7%	116.489 2.0%	118.133 1.4%	119.492 1.2%	121.258 1.5%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	104.080 1.4%	104.290 0.2%	105.609 1.3%	106.582 0.9%	108.009 1.3%	108.879 0.8%	109.423 0.5%	110.627 1.1%
BAUINVESTITIONEN	112.489 5.0%	115.102 2.3%	118.091 2.6%	121.045 2.5%	124.292 2.7%	126.696 1.9%	128.850 1.7%	131.169 1.8%
INLANDSNACHFRAGE	107.387 2.5%	108.477 1.0%	110.685 2.0%	114.182 3.2%	116.875 2.4%	118.651 1.5%	120.270 1.4%	122.076 1.5%
EXPORTE I.W.S.	106.694 2.4%	104.303 -2.2%	106.994 2.6%	110.934 3.7%	112.230 1.2%	111.825 -0.4%	112.543 0.6%	114.049 1.3%
IMPORTE I.W.S.	109.834 3.8%	105.794 -3.7%	109.869 3.9%	116.301 5.9%	118.968 2.3%	117.818 -1.0%	118.333 0.4%	120.053 1.5%
BIP ZU MARKTPREISEN	105.718 1.7%	107.385 1.6%	108.933 1.4%	111.159 2.0%	113.058 1.7%	115.052 1.8%	116.629 1.4%	118.178 1.3%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
WARENEXPORTE	121.413 2.3%	96.902 -20.2%	111.667 15.2%	124.411 11.4%	125.779 1.1%	127.687 1.5%	132.807 4.0%	141.177 6.3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	33.209 8.1%	29.118 -12.3%	31.013 6.5%	34.128 10.0%	36.391 6.6%	38.159 4.9%	39.797 4.3%	42.727 7.4%
REISEVERKEHR	12.953 8.5%	12.234 -5.5%	12.413 1.5%	12.929 4.2%	13.423 3.8%	13.770 2.6%	13.729 -0.3%	14.144 3.0%
EXPORTE I.W.S.	167.575 3.8%	138.254 -17.5%	155.093 12.2%	171.468 10.6%	175.594 2.4%	179.616 2.3%	186.333 3.7%	198.048 6.3%
WARENIMPORTE	122.268 3.9%	99.883 -18.3%	114.392 14.5%	131.912 15.3%	132.709 0.6%	130.724 -1.5%	135.168 3.4%	143.630 6.3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	22.577 4.7%	19.321 -14.4%	21.560 11.6%	23.929 11.0%	26.481 10.7%	27.545 4.0%	29.291 6.3%	31.525 7.6%
REISEVERKEHR	6.454 -0.5%	6.690 3.7%	6.678 -0.2%	6.675 0.0%	6.527 -2.2%	6.692 2.5%	6.860 2.5%	7.085 3.3%
IMPORTE I.W.S.	151.299 3.8%	125.894 -16.8%	142.630 13.3%	162.516 13.9%	165.718 2.0%	164.961 -0.5%	171.320 3.9%	182.239 6.4%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
WARENEXPORTE	113.783 0.3%	92.983 -18.3%	104.283 12.2%	112.757 8.1%	113.261 0.4%	116.353 2.7%	120.716 3.8%	127.053 5.3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	30.916 4.4%	27.951 -9.6%	29.055 3.9%	30.234 4.1%	31.504 4.2%	32.553 3.3%	33.448 2.8%	35.121 5.0%
REISEVERKEHR	12.360 5.1%	11.623 -6.0%	11.634 0.1%	11.590 -0.4%	11.688 0.8%	11.712 0.2%	11.448 -2.3%	11.563 1.0%
EXPORTE I.W.S.	157.061 1.4%	132.550 -15.6%	144.954 9.4%	154.567 6.6%	156.459 1.2%	160.623 2.7%	165.566 3.1%	173.652 4.9%
WARENIMPORTE	111.472 -0.1%	95.411 -14.4%	104.744 9.8%	113.746 8.6%	112.113 -1.4%	112.513 0.4%	116.338 3.4%	122.155 5.0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	20.371 1.4%	17.548 -13.9%	19.177 9.3%	20.420 6.5%	21.840 7.0%	22.174 1.5%	23.061 4.0%	24.214 5.0%
REISEVERKEHR	5.889 -3.3%	6.024 2.3%	5.917 -1.8%	5.624 -4.9%	5.386 -4.2%	5.365 -0.4%	5.418 1.0%	5.486 1.3%
IMPORTE I.W.S.	137.753 0.0%	119.000 -13.6%	129.818 9.1%	139.737 7.6%	139.296 -0.3%	140.012 0.5%	144.777 3.4%	151.799 4.8%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2005 = 100)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
WARENEXPORTE	106.706 2.0%	104.215 -2.3%	107.081 2.8%	110.336 3.0%	111.053 0.7%	109.742 -1.2%	110.016 0.3%	111.116 1.0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	107.417 3.5%	104.175 -3.0%	106.740 2.5%	112.880 5.8%	115.514 2.3%	117.223 1.5%	118.981 1.5%	121.658 2.3%
REISEVERKEHR	104.798 3.2%	105.259 0.4%	106.692 1.4%	111.547 4.5%	114.846 3.0%	117.572 2.4%	119.923 2.0%	122.321 2.0%
EXPORTE I.W.S.	106.694 2.4%	104.303 -2.2%	106.994 2.6%	110.934 3.7%	112.230 1.2%	111.825 -0.4%	112.543 0.6%	114.049 1.3%
WARENIMPORTE	109.685 4.0%	104.688 -4.6%	109.210 4.3%	115.971 6.2%	118.371 2.1%	116.186 -1.8%	116.186 0.0%	117.580 1.2%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	110.832 3.3%	110.102 -0.7%	112.426 2.1%	117.180 4.2%	121.253 3.5%	124.224 2.5%	127.019 2.3%	130.195 2.5%
REISEVERKEHR	109.583 2.8%	111.042 1.3%	112.865 1.6%	118.700 5.2%	121.193 2.1%	124.738 2.9%	126.609 1.5%	129.142 2.0%
IMPORTE I.W.S.	109.834 3.8%	105.794 -3.7%	109.869 3.9%	116.301 5.9%	118.968 2.3%	117.818 -1.0%	118.333 0.4%	120.053 1.5%
TERMS OF TRADE, GESAMT	97.141 -1.4%	98.591 1.5%	97.383 -1.2%	95.385 -2.1%	94.336 -1.1%	94.913 0.6%	95.106 0.2%	94.998 -0.1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97.284 -2.0%	99.548 2.3%	98.050 -1.5%	95.141 -3.0%	93.818 -1.4%	94.454 0.7%	94.690 0.2%	94.503 -0.2%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
IMPORTQUOTE, GESAMT <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	53.511 0.341	45.576 -7.935	50.016 4.440	54.309 4.293	53.979 -0.330	52.659 -1.320	53.534 0.875	55.315 1.781
IMPORTQUOTE, GÜTER <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	43.243 0.307	36.160 -7.084	40.114 3.954	44.082 3.968	43.227 -0.855	41.730 -1.498	42.237 0.508	43.596 1.358
EXPORTQUOTE, GESAMT <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	59.267 0.367	50.051 -9.216	54.387 4.336	57.301 2.914	57.196 -0.105	57.337 0.141	58.225 0.888	60.113 1.888
EXPORTQUOTE, GÜTER <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	42.941 -0.386	35.080 -7.861	39.159 4.078	41.576 2.417	40.970 -0.606	40.760 -0.210	41.499 0.739	42.851 1.352

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)
(BESCHÄFTIGTE VOR 2008 RÜCKVERKETTET)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5386.646 0.3%	5395.091 0.2%	5406.324 0.2%	5427.239 0.4%	5447.026 0.4%	5463.361 0.3%	5469.082 0.1%	5473.828 0.1%
ERWERBSQUOTE	74.797 1.8%	74.830 0.0%	75.066 0.3%	75.957 1.2%	76.792 1.1%	77.493 0.9%	78.407 1.2%	79.136 0.9%
ERWERBSPERSONEN	4029.070 2.1%	4037.160 0.2%	4058.320 0.5%	4122.350 1.6%	4182.897 1.5%	4233.703 1.2%	4288.146 1.3%	4331.782 1.0%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3553.758 1.7%	3556.715 0.1%	3558.877 0.1%	3582.861 0.7%	3598.964 0.4%	3610.208 0.3%	3619.136 0.2%	3634.339 0.4%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	475.312 4.9%	480.445 1.1%	499.443 4.0%	539.489 8.0%	583.933 8.2%	623.495 6.8%	669.010 7.3%	697.443 4.3%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	428.200 3.7%	437.800 2.2%	447.300 2.2%	453.900 1.5%	456.800 0.6%	463.500 1.5%	469.062 1.2%	476.098 1.5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3600.870 1.9%	3599.360 0.0%	3611.020 0.3%	3668.450 1.6%	3726.097 1.6%	3770.203 1.2%	3819.084 1.3%	3855.684 1.0%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3283.003 2.4%	3234.487 -1.5%	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3413.073 0.6%	3447.204 1.0%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	105.614 -0.2%	104.563 -1.0%	100.225 -4.1%	98.423 -1.8%	94.974 -3.5%	91.290 -3.9%	88.186 -3.4%	86.864 -1.5%
ARBEITSLOSE	212.253 -4.5%	260.309 22.6%	250.782 -3.7%	246.702 -1.6%	260.643 5.7%	287.207 10.2%	317.825 10.7%	321.617 1.2%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5.894 -0.393	7.232 1.338	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.322 0.704	8.341 0.019

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	138.470 5.3%	139.693 0.9%	142.621 2.1%	148.153 3.9%	154.254 4.1%	158.589 2.8%	163.099 2.8%	168.519 3.3%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	114.587 0.9%	106.551 -7.0%	111.584 4.7%	118.690 6.4%	119.316 0.5%	120.402 0.9%	122.136 1.4%	125.284 2.6%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	29.687 2.5%	29.984 1.0%	30.959 3.3%	32.397 4.6%	33.434 3.2%	34.272 2.5%	34.786 1.5%	35.655 2.5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	282.744 3.2%	276.228 -2.3%	285.165 3.2%	299.240 4.9%	307.004 2.6%	313.263 2.0%	320.020 2.2%	329.458 2.9%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0.658 -80.1%	-2.658 304.0%	0.208 -107.8%	-2.031 -1078.6%	-1.894 -6.7%	-2.180 15.1%	-2.071 -5.0%	-2.112 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	43.466 5.0%	44.536 2.5%	45.729 2.7%	47.390 3.6%	49.423 4.3%	51.123 3.4%	52.656 3.0%	54.341 3.2%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	238.621 4.0%	229.034 -4.0%	239.643 4.6%	249.819 4.2%	255.687 2.3%	259.960 1.7%	265.293 2.1%	273.005 2.9%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-1.919 27.3%	-2.279 18.8%	-2.391 4.9%	-2.362 -1.2%	-2.518 6.6%	-3.269 29.8%	-3.334 2.0%	-3.401 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	236.701 3.9%	226.755 -4.2%	237.252 4.6%	247.457 4.3%	253.169 2.3%	256.692 1.4%	261.959 2.1%	269.604 2.9%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
SICHTEINLAGEN	69.205 5.1%	79.801 15.3%	87.993 10.3%	90.120 2.4%	102.909 14.2%	112.935 9.7%	116.436 3.1%	124.354 6.8%
TERMINEINLAGEN INKLUSIVE AUFGENOMMENE GELDER	44.861 36.9%	37.546 -16.3%	33.804 -10.0%	36.232 7.2%	32.003 -11.7%	29.651 -7.3%	33.920 14.4%	36.125 6.5%
SPAREINLAGEN	150.148 5.3%	158.129 5.3%	156.950 -0.7%	156.367 -0.4%	157.452 0.7%	153.321 -2.6%	150.254 -2.0%	150.855 0.4%
KREDITVOLUMEN	297.068 6.0%	303.099 2.0%	307.780 1.5%	314.156 2.1%	319.543 1.7%	316.700 -0.9%	315.749 -0.3%	316.065 0.1%
EURIBOR 3M <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	4.63 0.35	1.23 -3.40	0.81 -0.42	1.39 0.58	0.57 -0.82	0.22 -0.35	0.21 -0.01	0.14 -0.07
ÖST. BENCHMARKRENDITE 10J <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	4.25 -0.04	3.92 -0.33	3.16 -0.76	3.28 0.12	2.29 -0.99	1.99 -0.30	1.56 -0.43	1.77 0.21

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
USD/EUR	1.471 7.3%	1.394 -5.2%	1.327 -4.8%	1.392 4.9%	1.286 -7.6%	1.328 3.3%	1.340 0.9%	1.274 -4.9%
GBP/EUR	0.797 16.3%	0.892 11.9%	0.858 -3.8%	0.868 1.2%	0.811 -6.6%	0.849 4.7%	0.807 -5.0%	0.805 -0.2%
YEN/EUR	152.381 -5.5%	130.330 -14.5%	116.445 -10.7%	110.985 -4.7%	102.669 -7.5%	129.539 26.2%	138.731 7.1%	137.035 -1.2%
CHF/EUR	1.587 -3.4%	1.510 -4.9%	1.382 -8.5%	1.234 -10.7%	1.205 -2.4%	1.231 2.1%	1.214 -1.3%	1.205 -0.7%

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Christian Keuschnigg,
Sebastian Koch, Robert M. Kunst, Simon Loretz, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: **Prognose der österreichischen Wirtschaft 2014 – 2015: Hohe Unsicherheit lähmt Konjunktur**

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 84

Redaktion: Isabella Andrej

© 2014 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
